



der stacheldraht

FÜR FREIHEIT, RECHT UND DEMOKRATIE

13017

Nr. 8/2010

Reha-Gesetze novelliert

Größenwahn in Nord-Korea

Trauma-Klinik im Allgäu



Inhalt

Aktuell

- 3 Resolution
Hohenschönhausen-Preis
Gedenkstein beschädigt
Solidarität mit Xiaobo
Gutachten zu Stasi-Einfluß
Geschichtsentsorgung in Potsdam

Recht

- 4 Novellierung der Reha-Gesetze
- 6 Die Gefangenenaakten der DDR

International

- 7 Nord-Korea: Das Arirang-Festival

Das Interview

- 8 Therapie für ehemalige Häftlinge

Aufarbeitung

- 10 UOKG-Kongreß: Aufarbeitung eiert

Berichte

- 12 „Freiheit ist mehr als ein Wort“
- 13 Der „rote Kaplan“ von Cottbus
- 14 Gedenken in Sachsenhausen
- 15 Reise durch die Geschichte
Proteste zeigten Wirkung

Verbände

- 16 Hoheneck
Ketschendorf
Benno von Heynitz
Klaus Schmidt

Service/Bücher

- 17 Black Box DDR
- 18 Kommunistische Diktatur in Polen
- 19 Arno Esch

Service/Veranstaltungen

17-19

Umschlagbild:

Ein Koffer als Denkmal – Hans-Dieter Dubrow und seine Frau flohen 1953 aus der DDR. Heute steht ihr Fluchtkoffer stellvertretend für das Schicksal von ca. 4 Millionen Menschen vor der Erinnerungsstätte Notaufnahmeflager Marienfelde. An diesem authentischen Ort wird mit Ausstellungen und Veranstaltungen über Ursachen, Verlauf und Folgen der deutsch-deutschen Fluchtbewegung informiert: Erinnerungsstätte Notaufnahmeflager Marienfelde, Marienfelder Allee 66-80, 12277 Berlin, Tel. (030) 75 00 84 00, Fax (030) 75 44 66 34, geöffnet dienstags bis sonntags 10.00 – 18.00 Uhr; Informationen über Führungen, Zeitzeugengespräche und Buchungen auf www.notaufnahmeflager-berlin.de

Foto: ENMI/Andreas Tauber

„Es war doch nicht alles...“

Der DDR und ihren Errungenschaften weinen wir keine Träne nach

Von Rainer Wagner

Während der Gedenkfeiern der letzten Monate hörte man immer wieder die Klage halbinformierter Westdeutscher und nostalgischer Ostdeutscher, daß die Lebensleistung der früheren DDR-Bürger im vereinten Deutschland nicht genügend gewürdigt werde. Auch seien die Vorzüge - z.B. des Bildungswesens - und die sozialen Errungenschaften der DDR zu schnell über Bord geworfen worden. Man hätte sie einbringen und auch die „Altbundesbürger damit beglücken können“. Lothar de Maiziére meinte sogar, daß es ein Zeichen von Wertschätzung gegenüber den Beigetretenen gewesen wäre, wenn man die deutsche Nationalhymne durch eine Strophe der von DDR-Kulturminister Johannes R. Becher verfaßten DDR-Hymne ergänzt hätte.

Wer nicht total verblendet ist, weiß, wie Margot Honeckers Bildungswesen wirklich war. Es schloß nicht nur bekennende Christen und andere unangepaßte Jugendliche von höherer Bildung aus, sondern war von der Kinderkrippe über die Schulen bis zu den gefängnisartigen Jugendwerkhöfen von militärischem Drill und Indoktrination durch den pseudowissenschaftlichen Marxismus-Leninismus geprägt. Wie es um die sozialen und medizinischen Standards in der DDR stand, zeigt ein Blick auf die Mindestrenten oder auf die Lebenserwartung der DDR-Bürger, die sechs bis acht Jahre geringer war als jene in der damaligen Bundesrepublik. Die historische Bausubstanz der Innenstädte wurde vernichtet und durch ein Plattenbauprogramm ersetzt. Dennoch gab es in der DDR nie genügend Wohnraum. In den Betrieben des Arbeiter- und Bauernstaates wurden der Fleiß, die geistigen und körperlichen Fähigkeiten der Menschen durch ineffektive Strukturen verheizt. Spitze war die DDR nur im Doping-Sport, in der Umweltzerstörung ganzer Regionen, in der Zahl der politischen Gefangen und im perfiden Spitzelsystem der Staatssicherheit.

Anerkennung ihrer Biographien haben sich die Genossen im vereinten Deutschland genug erschlichen. Selbst ihre Diplome und akademischen Grade, auch der Stasi-Hochschule, dürfen in Deutschland geführt werden. Zehntausende MfS-Genossen sind im öffentlichen Dienst tätig. Sie stellen viele der neuen Unternehmer, sind Mandatsträger in den neuen

Bundesländern und sogar im Bundestag. Die besonders Übergeschnappten unter ihnen führen NVA-Manöver durch - mit Uniform und alten Dienstgraden, wie vom 10. bis 12. September 2010 im mecklenburgischen Tutow. Ist dies nicht genug Anerkennung ihrer „Lebensleistung“? Wissenschaftliche Untersuchungen zeigen, daß es den früheren SED-Genossen und Opportunisten heute wirtschaftlich viel besser geht als ihren einstigen Opfern. Wenn etwas anerkannt und aufgenommen werden muß, sind das nicht die Lebensleistungen der Opportunisten, sondern die Lehren aus dem Widerstandskampf gegen den roten Totalitarismus der DDR.

Während meiner Haft in Naumburg hatte ich ein prägendes Aha-Erlebnis. Die Monotonie der Monate währenden Isolationsfolter im Einzelzellenstrakt hob jedes Geräusch besonders hervor. Eines Tages bekam ich mit, wie dem Gefangenen in der Nachbarzelle, der als ehemaliger DDR-Flüchtling auf den Transitwegen vom Bundesgebiet nach West-Berlin verhaftet worden war, durch Verlesung eines Schriftstücks mitgeteilt wurde, ihm sei nun offiziell die DDR-Staatsbürgerschaft aberkannt, und er werde in den nächsten Tagen in die Bundesrepublik abgeschoben. In der darauffolgenden Nacht wurde ich durch das Geschrei eines wütenden Schließers vor der Nachbarzelle geweckt. Bei seinem Rundgang hatte er entdeckt, daß besagter Kamerad rauchte. Der Schließer, der wohl von der vorgesehenen Abschiebung noch nichts wußte, drohte mit Arrest und schrie: „Machen Sie die Zigarette aus! Wissen Sie nicht, daß Rauchen nachts verboten ist?“ Der Kamerad erwiderte: „Mir ist gar nichts mehr verboten. Mir wurde gestern die Staatsbürgerschaft aberkannt.“ Darauf sagte der verblüffte Schließer, der so etwas wohl noch nie erlebt hatte, fast schon mitleidig: „Und da schämen Sie sich nicht?“ Der Kamerad antwortete selbstbewußt: „Der weine ich keine Träne nach!“ Zwei Tage später war er in der Freiheit.

Als Widerständler und Opfer des untergegangenen Unrechtsstaates DDR freuen wir uns heute über die Freiheit, im demokratischen Deutschland leben zu dürfen, und weinen - wie mein unbekannter Haftkamerad - all den angeblichen Vorzügen der DDR keine Träne nach.

Resolution

(st) Die Teilnehmer des UOKG-Kongresses vom 16. Oktober über die Rolle von Politik, Medien und Gesellschaft bei der Aufdeckung von DDR-Unrecht 1990 haben in einer Resolution die auf Bundesebene beschlossenen Änderungen und Ergänzungen der Rehabilitierungsgesetze begrüßt. Gleichzeitig wiesen sie auf noch ausstehende dringende Verbesserungen hin. Dazu gehören:

- die Aufnahme bisher nicht bedachter Opfergruppen, u.a. die zwangsdeportierten Frauen, die Zersetzungsoffer, die innerhalb der DDR Zwangsausgesiedelten, die aus politischen Gründen Zwangsadoptierten, die verfolgten Schüler und die an ausländischen Grenzen getöteten Flüchtlinge, in das System der Wiedergutmachungsleistungen
- der Ausgleich für den Rentenverlust der DDR-Flüchtlinge, die nach der Wiedervereinigung ihre Ansprüche aus dem Fremdrentengesetz verloren haben
- eine sinnvolle Regelung für die Opfer der Bodenreform
- ein Verbot der Symbole der kommunistischen Unterdrückung

Der Dachverband hatte bereits nach Bekanntwerden der Gesetzesänderungen den beteiligten Politikern gedankt, aber ebenfalls auf weitere notwendige Korrekturen und Ergänzungen aufmerksam gemacht.

Preisträger steht fest

(fhsh) Den Hohenschönhausen-Preis 2010 erhält der Journalist und Publizist Dr. Karl Wilhelm Fricke, der in der DDR selbst politischer Häftling war. Mit dem Preis des Fördervereins der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen werden Persönlichkeiten gewürdigt, die sich besonders um die Aufarbeitung der SED-Diktatur verdient gemacht haben. Der Preis wird erst zum zweiten Mal verliehen. 2008 hatte ihn der Schriftsteller Joachim Walthers erhalten.

Die Preisverleihung findet statt am 30. November 2010, 19.00 Uhr, Landesvertretung des Saarlandes, In den Ministergärten 4, 10117 Berlin-Mitte.

Gedenkstein beschädigt

(mz) Der von der Vereinigung des Stalinismus 1998 gestiftete Gedenkstein für die Opfer politischer Verfolgung 1933 bis 1989 vor dem ehemaligen Zuchthaus Cottbus ist entfernt und beschädigt worden. Dies geschah offenbar im Zuge von Bauarbeiten. Mitglieder des Menschenrechtszentrums Cottbus fanden den Stein in einem Gestrüpp, die Platte mit der Aufschrift war gebrochen. Auf der Mitgliederversammlung des Vereins am 16. Oktober protestierten die ehemaligen politischen Häftlinge dagegen und forderten, „daß der Gedenkstein durch den Verursacher repariert und wieder repräsentativ aufgestellt wird. Der durch die Stadt Cottbus eingeweihte Stein ist eines der wenigen Denkmale, die in Cottbus an die Opfer der DDR-Diktatur erinnern.“ Inzwischen soll die Stadt ihre Unterstützung bei der Wiederaufstellung des Gedenksteins zugesagt haben.

Solidarisch

(fda) Dem weltweiten Protest gegen die Inhaftierung des Nobelpreisträgers 2010, Liu Xiaobo, hat sich der 1973 gegründete „Freie Deutsche Autorenverband“, zu dessen Mitgliedern auch ehemalige politische Häftlinge der DDR zählen, angeschlossen. Der chinesische Bürgerrechtler wird die Ehrung am 10. Dezember nicht selbst entgegennehmen können, weil er am 8. Dezember 2008 verhaftet und zu elf Jahren Gefängnis verurteilt wurde. Die Urteilsbegründung lautet: Anstiftung zur Untergrabung der Staatsgewalt und zum Umsturz des sozialistischen Systems.

„Die Verleihung dieses weltweit höchst angesehenen Preises an einen Intellektuellen, der aus politischen Gründen verfolgt wird, erinnert an das Schicksal des deutschen Journalisten Carl von Ossietzky (1889-1938), dem 1936 der Friedensnobelpreis zuerkannt wurde, als er schon das vierte Jahr im Konzentrationslager saß. Verbrochen hatte er ebensowenig wie der 1955 geborene Liu Xiaobo, der von der Staatsführung in Peking nichts weiter einfordert als ein Mehr-Parteien-System in China, unabhängige Gerichte und Religionsfreiheit“, stellte der Autorenverband fest. Der chinesische Bürgerrechtler sei ein aufrechter Intellektueller und überzeugter Demokrat und müsse sofort freigelassen werden.

Stasi-Einfluß auf den Bundestag bis 1989

(rp) Bundestagspräsident Lammert hat bei der Stasiunterlagen-Behörde ein Gutachten in Auftrag gegeben, das die Einflußnahme des Staatssicherheitsdienstes der DDR auf die Mitglieder des Deutschen Bundestages bis 1989 untersuchen soll.

„Gerade der Bundestag sollte nicht den Eindruck entstehen lassen, das Parlament halte eine Überprüfung von möglichen Verbindungen insbesondere früherer Abgeordneter zur DDR-Staatssicherheit für unzumutbar und an anderen Stellen dagegen für unverzichtbar“, erklärte Lammert laut Pressestelle des Bundestages am 7. Oktober.

Der Antrag, der auf eine Initiative der FDP zurückgeht, wurde durch den Ältestenrat des Bundestages einstimmig angenommen und selbst von der Linkspartei mitgetragen.

Die aktuelle Zustimmung des Ältestenrates folgt auf jahrelange Querelen, in denen es um die Umsetzung des Vorhabens ging. Es gilt als erwiesen, daß der Deutsche Bundestag in Bonn jahrzehntelang eines der Hauptziele der DDR-Staatssicherheit war.

Geschichtsent-sorgung

(pnn) Der Historiker Hans-Hermann Hertle übte anläßlich einer Tagung über Stasi-Haft in der Potsdamer Gedenkstätte Lindenstraße 54/55 scharfe Kritik an den Denkmalbehörden von Stadt und Land. Es sei „befremdlich und bizarr“, daß die derzeitigen Sanierungsmaßnahmen auf eine Auslöschung der Gedenkstätte als Erinnerungsort an die Diktaturen des 20. Jahrhunderts abzielten. Es seien bereits Gefängnisgitter von den Fenstern entfernt und die Fassade des Vorderhauses der Gedenkstätte im neo-barocken Stil von 1910 rekonstruiert worden. Stahltüren des Gefängnisses sollen durch historische Holztüren ersetzt werden. Denkmalschutz könne nicht bedeuten, sagte Hertle, daß alle Baulichkeiten, die dem Gebäude seine zeitgeschichtliche Prägung als „Haus des Terrors“ in zwei deutschen Diktaturen gegeben haben, als Abrißgut betrachtet werden.

Die richtige Richtung

Erläuterungen zur Novellierung der Rehabilitierungsgesetze

Ausgehend von einem Gesetzesentwurf des Bundesrates aus der letzten Legislaturperiode hat der Bundestag am 7. Oktober 2010 eine Änderung der Rehabilitierungsgesetze einstimmig beschlossen. Auch den Bundesrat haben die Änderungen inzwischen passiert. Bis Redaktionsschluß stand noch die Unterschrift des Bundespräsidenten aus, damit das Gesetz in Kraft treten kann.



Reichstagsgebäude in Berlin. Selten: Der eingebrachte Gesetzesentwurf verließ das Bundesparlament statt mit verminderten Leistungen mit erhöhten.

Die Änderungen sind im einzelnen folgende:

1. Familien sollen bei der Berechnung der Einkommensgrenzen für die Opferrente deutlich bessergestellt werden. Es bleibt künftig das Kindergeld bei der Berechnung unberücksichtigt. Außerdem steigen die Einkommensgrenzen mit jedem Kind, für das der Berechtigte Kindergeld erhält.

Neben Ehepaaren, die auch vorher schon in den Genuß höherer Freibeträge gekommen waren, darf sich hierüber vor allem eine Gruppe freuen: die alleinerziehenden Eltern, die ja in den meisten Fällen alleinerziehende Mütter sind.

2. Manche Ausgaben, die ein Betroffener zu leisten hatte, konnten auch bisher von der Einkommensberechnung abgesetzt werden, z.B. Steuern, Sozialversicherungsbeiträge oder gesetzliche Pflichtversicherungen. Zu diesen Ausgaben gesellt sich nun eine weitere, nämlich Beiträge zur betrieblichen Altersvorsorge. Auch diese werden künftig von dem Einkommen abgesetzt.

3. Bei der Bestimmung des Einkommens waren bisher die Feinheiten der Einkommensberechnung ungelöst. Um diese Unklarheiten auszuräumen, wird zur genauen Bestimmung des Einkommensbegriffs künftig auf die „Verordnung zur Durchführung des § 82 des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch“ Bezug genommen. Dies verschafft den Behörden – und natürlich auch den Betroffenen – mehr Transparenz und Vorhersehbarkeit.

4. Eine weitere Neuregelung geht in eine ähnliche Richtung: das Verbot der turnusmäßigen Einkommensüberprüfung.

Zur Feststellung seiner wirtschaftlichen Bedürftigkeit war der Bezieher der Opferrente bisher verpflichtet, Änderungen des Einkommens unverzüglich der zuständigen Behörde mitzuteilen. Wenn sich das Einkommen änderte, mußte der Leistungsberechtigte dies der Behörde melden. Es war jedoch keineswegs vorgesehen, daß die Behörde bei dem Leistungsempfänger nach dem Einkommen fragt. Daß dies vom Gesetzgeber so auch gewollt war, wird um so deutlicher vor dem Hintergrund, daß bei der Einführung der Opferrente eine turnusmäßige Überprüfung des Einkommens bewußt nicht in das Gesetz eingearbeitet wurde.

Als wäre aber der Wille des Gesetzgebers nicht eindeutig, handelten viele Behörden diesem entgegen. Einmal unter Berufung auf das allgemeine Verwaltungsrecht, einmal auf das Sozialrecht, einmal direkt auf das Strafrechtliche Rehabilitierungsgesetz (StrRehaG) fragten diese Behörde in unterschiedlicher Weise das Einkommen der Bezieher ab. Die Neuregelung dürfte dieser unschönen Praxis endgültig den Garaus machen.

5. Diejenigen, die in einem Kinderheim oder in einem Jugendwerkhof untergebracht waren, werden nun vom StrRehaG bedacht. Die Regelung lautet wörtlich:

„Die Vorschriften dieses Gesetzes finden auf eine außerhalb eines Strafverfahrens ergangene gerichtliche oder behördliche Entscheidung, mit der

eine Freiheitsentziehung angeordnet worden ist, entsprechende Anwendung. Dies gilt insbesondere für eine Einweisung in eine psychiatrische Anstalt sowie eine Anordnung einer Unterbringung in einem Heim für Kinder oder Jugendliche, die der politischen Verfolgung oder sonst sachfremden Zwecken gedient hat.“

Auch wenn dies auf den ersten Blick hoffnungsvoll erscheint, ist Jubel darüber verfrüht. Denn was ändert sich konkret? Nichts.

Auch bisher konnten Heim- und Jugendwerkhofaufenthalte unter bestimmten, engen Voraussetzungen rehabilitiert werden. Die Einweisung in das Heim oder den Jugendwerkhof mußte mit wesentlichen Grundsätzen einer freiheitlichen rechtsstaatlichen Ordnung unvereinbar gewesen sein. Dabei liegt das Hauptaugenmerk auf dem Grund der Einweisung. Die Zustände in den Einrichtungen blieben – leider – unberücksichtigt. Eine generelle Rehabilitation von Heimkindern gab und gibt es nicht.

6. Für wenige Betroffene dürfte eine weitere Änderung bedeutend sein. Künftig ist Voraussetzung für die Gewährung der Opferrente nicht eine Haftzeit von sechs Monate, sondern von 180 Tagen. Diese Regelung räumt Unklarheiten aus dem Weg, die durch unterschiedliche Berechnungsweisen der sechs Monaten auf gekommen waren. Mehrheitlich berechneten Behörden und Gerichte den Zeitraum nach dem BGB. Dort ist ein Monat als 30 Tage definiert, sechs Monate sind also 180 Tage.

Doch ein Bundesland beschritt in dieser Frage einen Sonderweg. Daß es sich dabei um Brandenburg handelte, dürfte vielen keine Überraschung sein. Dort wurde der Zeitraum monatsweise berechnet, was in manchen Fällen zu unbilligen Ergebnissen führte: einige Betroffene mit einer Haftzeit von 180 Tagen, teilweise sogar mit 181 Tagen, kamen nicht in den Genuß der Opferrente.

Doch inzwischen war auch hier eine Änderung der Rechtsauffassung in Sicht. Das Landgericht Potsdam entschied bereits im letzten Jahr im Sinne einer Berechnung nach dem BGB. Eine Bestätigung durch das Oberlandesgericht steht bis dato zwar noch

aus, ist aber durch die eindeutige Gesetzesänderung nun Makulatur.

7. Bisher gab es für die Auszahlung der Kapitalentschädigung eine Härtefallregelung. Demnach konnte die zuständige Behörde einem Antragssteller die Kapitalentschädigung zuerkennen, wenn sich eine besondere Härte daraus ergab, daß keine Kapitalentschädigung gezahlt wurde. Diese Härtefallregelung hat der Bundestag nun auch auf die besondere Zuwendung für Haftopfer erweitert.

Eine besondere Härte ist nach der Begründung des Gesetzesentwurfs gegeben, wenn bei Würdigung des Gesamtinhalts des Gesetzes der Ausschluß von der Leistung dessen Sinn und Zweck widerspräche. Exemplarisch nennt die Entwurfsbegründung hierbei Fälle, in denen die Opferrente nicht gewährt werden kann, weil die Freiheitsentziehung aufgrund einer Vorverlegung des Entlassungszeitpunkts durch die Leitung der Vollzugseinrichtung die Mindesthaftdauer von 180 Tagen geringfügig unterschreitet.

Zumindest solche Fälle der vorzeitigen Entlassung dürften also umfaßt sein. Welche weiteren Fälle aber noch eine besondere Härte darstellen sollen, bleibt der Fantasie der Behörden und der Gerichte überlassen. Es handelt sich um einen sogenannten unbestimmten Rechtsbegriff, der erst mit Leben gefüllt werden muß.

8. Personen, die wegen einer kriminellen Straftat zu einer Freiheitsstrafe von mindestens drei Jahren verurteilt worden sind, sollen künftig keine Opferrente mehr erhalten, sofern die Entscheidung in einer Auskunft aus dem Bundeszentralregister enthalten ist.
9. Schließlich sollen die Fristen für die Rehabilitierungsanträge in allen drei Gesetzen bis zum Jahr 2019 verlängert werden. Im Beruflichen Rehabilitierungsgesetz wird die Frist für den Antrag auf Ausgleichsleistungen bis zum Jahr 2020 verlängert. Ein wichtiges Signal, zeigt es doch den Willen, die Aufarbeitung der DDR-Geschichte nicht enden zu lassen. Dabei ist zu beachten: es geht hier nur um die Rehabilitierungsanträge. Die Folgeleistungen, wie z.B. die Opferrente, haben keine Fristen.

Was ist nun also von den Änderungen zu halten?

Ein SED-Unrechtsbereinigungsgesetz, in dem alle Mängel beseitigt sind, ist es freilich nicht geworden. Dergleichen war aber auch angesichts der angespannten Haushaltslage kaum zu erwarten. Offensichtlich fielen dieser auch die sehr weitgehenden Vorschläge der FDP aus dem letzten Bundestagswahlkampf zum Opfer.

Im guten Sinne überraschend ist, daß aus dem etwas dürftigen Entwurf des Bundesrates am Ende doch noch ein stattliches Gesetz geworden ist, welches alles in allem einige wichtige Verbesserungen bietet.

Äußerst erfreulich ist die Besserstellung von Familien. Es war bisher kaum nachvollziehbar, warum zusammenlebende Paare privilegiert werden sollten, Kinder aber überhaupt keine Berücksichtigung fanden. Das Einkommen des Lebenspartners wird ohnehin nicht angerechnet. So hatten Lebenspartner höhere Einkommensgrenzen, und zudem konnte der Partner auch noch ein volles Einkommen beziehen. Dahingegen wurden alleinerziehende Mütter wie Alleinstehende behandelt, ohne die höheren Lebenshaltungskosten für die Kinder zu berücksichtigen. Durch die Neuregelung werden Alleinerziehende deutlich bessergestellt - ein längst überfälliger Schritt.

Auch im Hinblick auf die Voraussetzungen der Opferrente gibt es sichtbare Verbesserungen. Zwar kam es nicht zu der geforderten Streichung der wirtschaftlichen Bedürftigkeit. Durch die neugeschaffene Härtefallregelung aber hat der Bundestag eine Möglichkeit geschaffen, die schlimmsten Ungerechtigkeiten zu lindern.

Auch die Klarstellungen im Hinblick auf das Verwaltungsverfahren sind löblich. Die Vereinheitlichung der Einkommensberechnung verschafft ein größeres Maß an Rechtsklarheit. Die Abschaffung der turnusmäßigen Überprüfung ist ein Schritt in die richtige Richtung, um aus der Opferpension eine wirkliche Ehrenpension zu machen. Durch die turnusmäßige Überprüfung fühlten sich viele Betroffene pauschal als Sozialbetrüger verdächtigt. Dies sollte mit der Änderung nun endgültig Geschichte sein. Außerdem muß hier noch einmal die besondere Bedeutung der Verlängerung der Antragsfristen betont werden.

Doch bei allem Guten gibt es auch Anlaß zur Kritik. So wurden wesentliche Forderungen der Opferverbände überhaupt nicht berücksichtigt. Es bleibt weiterhin bei der bisherigen Praxis der Anerkennung haftbedingter Gesundheitsschäden, mit allen damit verbundenen Nachteilen.

Opfergruppen, die bisher zu kurz kamen, wurden auch dieses Mal nicht berücksichtigt. So warten Zersetzungsoffer, Zwangsausgesiedelte, Zwangsadoptierte, in die Sowjetunion verschleppte Frauen oder verfolgte Schüler, um nur einige Beispiele zu nennen, bis heute auf eine wirkliche Anerkennung. Auch die Aufnahme der Heimkinder in das StrRehaG hat allenfalls symbolischen Charakter.

Es besteht daher trotz aller, zum Teil sehr wichtigen Verbesserungen, in vielen Punkten Nachholbedarf. Ob in dieser Legislaturperiode noch einmal an den Gesetzen gearbeitet wird, dürfte fraglich sein. Schließlich hat die Regierungskoalition mit den Veränderungen ihre im Koalitionsvertrag selbst auferlegte Pflicht erledigt.

Wolfgang Wieland (Bündnis 90/Die Grünen) brachte es in der ersten Lesung am 17. Juni 2010 auf den Punkt. Die Änderungen seien nur ein kleiner Schritt, es gelte heute noch: „Zu viele Opfer sind ausgegrenzt, zu viele Opfer sind vergessen. Wir meinen: So darf es nicht bleiben!“

Dem stimmen wir zu. Wir werden ihn bei Zeiten an diese Forderung erinnern.

Florian Kresse, Jurist
UOKG e.V.



Wolfgang Wieland, Bündnis 90/Die Grünen: „So darf es nicht bleiben!“

Die Gefangenenakten der DDR / Teil 2

Alle Akten, die aus Untersuchungen des MfS – auch im DDR-Strafvollzug – resultieren, befinden sich bei der Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen, Karl-Liebknecht-Str. 31/33, 10178 Berlin (siehe auch Einführungsartikel, der stacheldraht, 7/2010, S. 4).

Land Brandenburg

*Ministerium der Justiz des Landes Brandenburg
Heinrich-Mann-Allee 107
14473 Potsdam*

- **Strafvollzugseinrichtung Brandenburg** – Zeitraum: 1949 bis 1992, aktueller Aufenthaltsort: JVA Brandenburg an der Havel, Anton-Saefkow-Allee 22, 14772 Brandenburg
- **Untersuchungshaftanstalt Brandenburg** – Zeitraum: 1953 bis 1960, aktueller Aufenthaltsort: JVA Neuruppin-Wulkow, Ausbau 8, 16835 Neuruppin
- **Strafvollzugseinrichtung Cottbus** – Zeitraum: 1959 bis 1960, aktueller Aufenthaltsort: JVA Cottbus, Oststr. 2, 03052 Cottbus; Zeitraum: 1961 bis 1975; aktueller Aufenthaltsort: JVA Brandenburg, Anton-Saefkow-Allee 22, 14772 Brandenburg; Zeitraum: 1976 bis 1992, aktueller Aufenthaltsort: JVA Cottbus, Oststr. 2, 03052 Cottbus
- **Strafvollzugseinrichtung Frankfurt (Oder)** – Zeitraum: 1972 bis 1990, aktueller Aufenthaltsort: JVA Frankfurt/O., Robert-Havemann-Str. 11, 15236 Frankfurt/O.
- **Untersuchungshaftanstalt Frankfurt (Oder)** – Zeitraum: 1961 bis 1971, aktueller Aufenthaltsort: JVA Neuruppin-Wulkow, Ausbau 8, 16835 Neuruppin; Zeitraum: 1984 bis 1989, JVA Frankfurt/O., Robert-Havemann-Str. 11, 15236 Frankfurt/O.
- **Strafvollzugseinrichtung Königs Wusterhausen** – Zeitraum: 1971 bis 1979 Teilakten vorhanden, ab 1980 vollständig, aktueller Aufenthaltsort: Jugendarrestanstalt Königs Wusterhausen, Schloßstr. 4, 15711 Königs Wusterhausen
- **Strafvollzugseinrichtung Luckau** – Zeitraum: 1961 bis 1970 (Jugendhaus Luckau), aktueller Aufenthaltsort: JVA Brandenburg, Anton-Saefkow-Str. 22, 14772 Brandenburg; Zeitraum: 1971 bis August 1977 (Jugendhaus Luckau), aktueller Aufenthaltsort: JVA Neuruppin-Wulkow, Ausbau 8, 16835 Neuruppin; Zeitraum: September 1977 bis 1990, aktueller Aufenthaltsort: JVA Spremberg, Neudorfer Weg 1, 03130 Spremberg
- **Arbeitskommando Mildenberg** – Zeitraum: 1953 bis 1960, aktueller Aufenthaltsort: JVA Neuruppin-Wulkow, Ausbau 8, 16835 Neuruppin
- **Strafvollzugseinrichtung Neuruppin** – Zeitraum: 1971 bis 1981 Teilakten vorhanden, ab 1982 bis 1991 vollständig, aktueller Aufenthaltsort: JVA Neuruppin-Wulkow, Ausbau 8, 16835 Neuruppin
- **Untersuchungshaftanstalt Nauen** – Zeitraum: 1953 bis 1962, aktueller Aufenthaltsort: JVA Neuruppin-Wulkow, Ausbau 8, 16835 Neuruppin
- **Strafvollzugseinrichtung Oranienburg** – Zeitraum: 1957 bis 1970 vollständig, 1971 bis 1979 Teilakten, 1980 bis 1990 vollständig, aktueller Aufenthaltsort: JVA Oranienburg, Berliner Str. 38, 16515 Oranienburg
- **Strafvollzugseinrichtung Potsdam** – Zeitraum: 1958 bis 1960, 1971 bis 1991, aktueller Aufenthaltsort: JVA Neuruppin-Wulkow, Ausbau 8, 16835 Neuruppin
- **Strafvollzugseinrichtung Prenzlau** – Zeitraum: ab 1970 vorhanden, aktueller Aufenthaltsort: JVA Neuruppin-Wulkow, Ausbau 8, 16835 Neuruppin
- **Strafvollzugseinrichtung Rüdersdorf** (zugleich Strafvollzugskommando und Haftarbeitslager) – Zeitraum: Haftarbeitslager Rüdersdorf 1952 bis 1960, aktueller Aufenthaltsort: Brandenburgisches Landeshauptarchiv, Zum Windmühlenberg, 14469 Potsdam OT Bornim; Zeitraum: 1961 bis 1975, aktueller Aufenthaltsort: JVA Neuruppin-Wulkow, Ausbau 8, 16835 Neuruppin; Zeitraum: 1976 bis 1991, aktueller Aufenthaltsort: JVA Luckau-Duben, Lehmkietenweg 1, 15926 Luckau OT Duben; Zeitraum: Gesundheitsakten 1968 bis 1992, aktueller Aufenthaltsort: Brandenburgisches Landeshauptarchiv, Zum Windmühlenberg, 14469 Potsdam OT Bornim
- **Haftarbeitslager Schacksdorf** – Zeitraum: 1960 bis 1968, aktueller Aufenthaltsort: JVA Cottbus, Oststr. 2, 03052 Cottbus
- **Strafvollzugseinrichtung Schwedt (Oder)** – Zeitraum: 1961 bis 1969, aktueller Aufenthaltsort: JVA Neuruppin-Wulkow, Ausbau 8, 16835 Neuruppin; Zeitraum: 1964 bis 1982 teilweise Akten vorhanden, aktueller Aufenthaltsort: Brandenburgisches Landeshauptarchiv, Zum Windmühlenberg, 14469 Potsdam OT Bornim
- **Strafvollzugseinrichtung Schwarze Pumpe** – Zeitraum: 1961 bis 1975, aktueller Aufenthaltsort: JVA Neuruppin-Wulkow, Ausbau 8, 16835 Neuruppin; Zeitraum: 1976 bis 1990, aktueller Aufenthaltsort: JVA Spremberg, Neudorfer Weg 1, 03130 Spremberg
- **Haftarbeitslager Stalinstadt (Eisenhüttenstadt)** – Zeitraum: 1952 bis 1956, aktueller Aufenthaltsort: Brandenburgisches Landeshauptarchiv, Zum Windmühlenberg, 14469 Potsdam OT Bornim
- **Strafvollzugseinrichtung Wriezen** – Zeitraum: 1971 bis 1975, aktueller Aufenthaltsort: JVA Neuruppin-Wulkow, Ausbau 8, 16835 Neuruppin; Zeitraum: 1976 bis 1980 und ab 1981 vollständig vorhanden, aktueller Aufenthaltsort: JVA Wriezen, Schulzendorfer Str. 5, 16269 Wriezen

(Angaben ohne Gewähr; Fortsetzung in der nächsten Ausgabe)
Bereits erschienen: Land Berlin, Nr. 7/2010, Seite 4

Unter dem Deckmantel der Kunst

Airang – Bühne der Menschenrechtsverletzungen

Von Kim Chol-Woong

Trotz der - nach der Versenkung des südkoreanischen Kriegsschiffs Chonan durch einen nordkoreanischen Torpedo - wie nie zuvor angespannten Lage zwischen Süd- und Nordkorea habe Nordkorea die „Airang“-Veranstaltung für dieses Jahr im Stadion „1. Mai“ in der Hauptstadt Pjöngjang eröffnet. Auch der Vizeparlamentssekretär und weitere Kabinettsmitglieder hätten daran teilgenommen, teilte die staatliche Nachrichtenagentur Nordkoreas am 2. August mit.

Airang wurde erstmals im Jahre 2002 aufgeführt, um des schon 1994 verstorbenen Ex-Diktators Kim Il-Sung zu gedenken. In diesem Jahr fand das Festival zum sechsten Male statt. Die letzte Vorstellung wurde am 15. Oktober 2010 gegeben. Seit 2002 haben 65 000 ausländische Touristen diese Gedenkfeier besucht, und dadurch konnte Nordkorea zehn Millionen Dollar kassieren. Besonders in diesem Jahr sollen die Veranstalter verzweifelt versucht haben, Chinesen und große Kunden anzulocken, indem sie z.B. sowohl die chinesisch-nordkoreanische Freundschaft betonende Szenen einfügten als auch chinesische Untertitel anboten.

Auf der Grundlage meiner Erfahrungen aus der Dienstzeit beim Staatsorchester Pjöngjang und von Zeugnissen der Flüchtlinge aus Nordkorea schreibe ich hier, um in aller Welt Menschen mit Gewissen zu informieren: An den für diese Veranstaltung mobilisierten Kinder und Jugendlichen werden hinter dem Vorhang brutal Menschenrechtsverletzungen begangen. Ich hoffe, daß mein Beitrag den Vorhang öffnen kann.

Mit gesundem Menschenverstand ist leicht vorstellbar, wieviel Zeit für Übungen man braucht, um 10 000 Schüler auf jene Massengymnastik vorzubereiten, bei der alles fehlerfrei, wie mit einem einzigen Körper verläuft. Die beteiligten Kinder und Jugendlichen üben wiederholt mehr als 20 Stunden täglich, gewöhnlich von 4 Uhr morgens bis 1 Uhr am nächsten Tag. An sie werden Bonbons und ein Brötchen als Ration verteilt. Manchmal ist Abendessen ein Luxus. Zwischen den Mahlzeiten

trinken die Schüler Wasser, um ihren Hunger zu stillen. Außerdem werden bewegungsungeübte Schüler verprügelt, einige von ihnen mit der Faust. Das Verbot, während der Übungszeit auf die Toilette zu gehen, führt zu Harnblasenentzündung und Verstopfung. Manche Kinder urinieren, wo sie gerade stehen. Die Übungsmeister zwingen menstruierende Schülerinnen, Verhütungsmittel zu nehmen, und übergewichtigen Mädchen wird das Essen verboten, weil es ihren Partner-Schülern schwerfällt, sie zu heben. Diese unverzeihlichen Verbrechen werden schockierender Weise ohne Zögern verübt. Wegen der brennenden Hitze und der harten Übungen sind Nasenbluten und Ohnmachtsanfälle keine Seltenheit.

Eine Pause zu machen ist nicht erlaubt, auch wenn überdehnte Sehnen die Folge übermäßiger Bewegungswiederholung sind. In diesem Fall macht man weiter mit, es wird lediglich Erste Hilfe geleistet. Sechs Monate Proben und zwei Monate Aufführungszeit halten 10 000 Schüler vom normalen Unterricht ab, für Abiturienten wird der Abschluß verschoben.

Laut Aussage eines Flüchtlings aus Pjöngjang ist ein Schüler an akuter Blinddarmentzündung während der Probe ohne geeignete medizinische Hilfe gestorben. Die einzige von der Veranstaltungsbehörde ergriffene Maßnahme war, daß sie den toten Schüler mit dem sogenannten „Kim-Il-Sung-Jugend-Ehrenorden“ ausgezeichnet hat. Man kann sich ohne Schwierigkeiten vorstellen, wie seine Eltern sich fühlten.

Die nordkoreanische Regierung schenkte früher einer begrenzten Zahl der Zwangsbeteiligten Fernseher, Nähmaschinen oder Wolldecken. Angesichts der verschärften UN-Sanktionen gegen Nordkorea und der daraus resultierenden Wirtschaftskrise stellt sie nun nur ein Stück Papier aus, ein sogenanntes Beteiligungszeugnis. In diesem Zusammenhang teilte die japanische Zeitung „Sankai“ am 4. August mit, Nordkorea habe die im letzten Jahr für Airang mobilisierten Einwohner nur mit je zwei Beuteln Bonbons belohnt.



Airang-Vorstellung im Stadion „1. Mai“.

Wir Exil-Nordkoreaner, die wir uns mit der Lage des kommunistischen Landes auskennen, können die Touristen nicht verstehen, die den Bauch des Diktators Kim Jong-Il füllen, indem sie annähernd 300 Euro für die mit dem Blut und Schweiß der Kinder befleckte Airang-Veranstaltung bezahlen. In den letzten neun Jahren mobilisierte Nordkorea Kinder und Erwachsene in Pjöngjang ohne angemessene Vergütung. Die eingenommene Summe wird nicht für die Bevölkerung, sondern für das luxuriöse Leben der Familie Kim ausgegeben oder für die Entwicklung von Massenvernichtungswaffen wie Atomwaffen und Raketen.

Die nordkoreanische Regierung muß umgehend diese schändliche Aufführungspraxis abbrechen, die das Menschenrecht der Jugendlichen verletzt und den Geldbeutel des Diktators füllt, und die Schüler geregelt zur Schule gehen lassen. Ich wünsche von Herzen, daß alle Menschen mit Gewissen, alle Väter und Mütter der Welt nicht diese moderne Sklavendarstellung unter dem Vorwand der Kunst bejubeln, sondern Nordkorea dringend auffordern, sofort und für immer auf diesen Wahnwitz zu verzichten.

(Der Autor ist Pianist aus Nordkorea und lebt heute im südkoreanischen Exil.)

„Ansteckende Gesundheit“

Bad Grönenbach hilft ehemaligen politischen Häftlingen aus dem Trauma

Ein Gespräch mit der Therapeutin Andrea Heinz

In Deutschland gibt es nur wenige Rehabilitationskliniken, die sich auch auf die Traumata ehemaliger politischer Häftlinge spezialisiert haben. Eine von ihnen ist die Helios Klinik Bad Grönenbach im Allgäu.

stacheldraht: Die Helios Klinik Bad Grönenbach in Bayern wird von der Berliner Beratungsstelle „Gegenwind“ für politisch Traumatisierte der SED-Diktatur seit einigen Jahren empfohlen. Wie kam es zu dieser Zusammenarbeit?

Heinz: Die Beratungsstelle „Gegenwind“ kam vor ca. vier Jahren auf unsere Klinik zu mit der Anfrage, ob wir ehemalige DDR-Inhaftierte behandeln würden.

stacheldraht: Wie ist es aus therapeutischer Sicht erklärbar, daß heute, 20 Jahre nach dem Ende der DDR, immer noch ehemalige politische Häftlinge unter den Haftfolgen zu leiden haben?

Heinz: Menschen reagieren – abhängig von vielschichtigen Bedingungen, wie z.B. Vorbelastungen, und sozialem Netz – sehr unterschiedlich auf traumatische Erlebnisse. Bei ca. 50 Prozent der Betroffenen unter Extrembelastung wie Folter entsteht eine Posttraumatische Be-

lastungsstörung, beim Anschlag auf das World Trade Center entwickelten sieben bis 15 Prozent diese Art Störung. Der Verlauf einer Posttraumatischen Belastungsstörung ist wiederum sehr individuell. Manchmal wird die Erkrankung erst mit vielen Jahren Verspätung durch ein weiteres traumatisches Ereignis ausgelöst, bei einem Teil der Betroffenen ist eine Heilung ohne professionelle Hilfe nicht möglich.

stacheldraht: Was ist der Unterschied zwischen einer Posttraumatischen Belastungsstörung und einer Traumatisierung?

Heinz: Es gibt einen wichtigen Unterschied zwischen dem „traumatischen Ereignis“ und der „Posttraumatischen Belastungsstörung“: Wer etwas Traumatisches erlebt, muß noch lange keine Posttraumatische Belastungsstörung entwickeln. Als traumatisches Ereignis ist ein Ereignis definiert, das über normale menschliche Erfahrung hinausgeht, wobei das Leben oder die körperliche Unversehrtheit eines Menschen bedroht ist und Gefühle von Entsetzen, Furcht und Hilflosigkeit ausgelöst werden. Hierbei kommt es nicht darauf an, ob man selbst dieser Bedrohung ausgesetzt ist oder diese bei einem anderen (möglicherweise sogar fremden) Menschen erlebt. Dieses Erleben allein genügt nicht, eine Posttraumatische Belastungsstörung auszulösen, sondern dazu kommen eine bestehende Vulnerabilität (Verletzlichkeit) und Resilienzfaktoren (im Lauf des Lebens entwickelte Widerstandsfähigkeit) sowie die Rahmenbedingungen zum Zeitpunkt des traumatischen Ereignisses bzw. zu einem späteren Zeitpunkt.

stacheldraht: Ist eine Posttraumatische Belastungsstörung oder ein Trauma generell heilbar?

Heinz: Ich würde nicht von „heilbar“, sondern von „bewältigbar“ oder „integrierbar“ sprechen. Patienten kommen meist mit der Erwartung, das Trauma zu heilen im Sinne von ungeschehen zu ma-

chen. Man kann lernen, mit den Folgen eines Traumas zu leben bzw. das Trauma in sein Leben zu integrieren. Wenn dies gelingt, fühlt es sich nach Heilung an. Es bleiben ca. 15 Prozent von Menschen, die unter einer Posttraumatischen Belastungsstörung leiden, die diese Beeinträchtigung ihr Leben lang behalten. Dies betrifft vorwiegend Menschen, die schon in ihrer Kindheit über einen langen Zeitraum hinweg traumatisiert wurden und deren Vulnerabilität dadurch sehr hoch ist bei gleichzeitig wenig Resilienzfaktoren.

stacheldraht: Wie ist für einen möglichen Betroffenen erkennbar, ob er überhaupt ein Trauma hat oder unter einer Posttraumatischen Belastungsstörung leidet?

Heinz: Es gibt bestimmte typische Reaktionen und Symptome, die Traumatisierte entwickeln können, drei wichtige Bereiche sind „ungewollte Erinnerungen“, „Vermeidungsverhalten“ und „körperliche Übererregung“. Da es aber bei den Symptomen Überschneidungen mit anderen psychischen Erkrankungen wie z.B. einer Depression gibt, ist die Diagnosestellung nicht einmal für Ärzte und Psychologen immer eindeutig erkennbar. Für „Laien“ ist es nur sehr schwer möglich, diese Erkrankung zu erkennen, von der sie vorher noch nie etwas gehört hatten und von der sie glauben, sich mit niemandem darüber austauschen zu können; denn sie gehen davon aus, daß niemand sie verstehen kann, der nicht das Gleiche erlebt hat bzw. daß sie für verrückt erklärt werden, wenn sie über ihre Symptome sprechen, die ihnen selbst verrückt vorkommen.

stacheldraht: In welcher Verfassung kommen die Patienten zu Ihnen?

Heinz: Traumatisierte Menschen kommen in einer relativ desolaten Verfassung in Behandlung. Das liegt daran, daß sie bisher keine Notwendigkeit sahen, sich therapeutisch behandeln zu lassen - es gibt bei uns in Deutschland immer noch sehr große Vorurteile gegen eine psychotherapeutische Behandlung („Ich bin doch nicht verrückt!“). Der Leidensdruck



Foto: Ramona Baur

Therapeutin Andrea Heinz, seit sechs Jahren arbeitet sie in der psychosomatischen Helios Klinik Bad Grönenbach.

nimmt aber bei manchen derart zu, daß sie sich in ihrer Not „sogar“ an Therapeuten wenden. Menschen, die zu uns kommen, sind durch ihre Symptome meistens nicht mehr in der Lage, ihr „normales Leben“ zu bewältigen. In der psychosomatischen Abteilung der Helios-Klinik Bad Grönenbach befinden sich im Durchschnitt 160 Patienten.

stacheldraht: Aus wie vielen Patienten bestehen die einzelnen Gruppen, und wie erfolgt die Therapie?

Heinz: Wir haben drei verschiedene Abteilungen, in denen wir Menschen mit bestimmten psychischen Erkrankungen behandeln. Unser Konzept beruht vorwiegend auf Gruppenarbeit (bis zu dreimal pro Woche in einer festen Bezugsgruppe und weiteren indikationsspezifischen Gruppen). Dazu gibt es ein ca. 30minütiges Einzelgespräch pro Woche, um den therapeutischen Prozeß möglichst individuell zu begleiten. Pro Abteilung leben die Patienten in einer therapeutischen Gemeinschaft zusammen, die die therapeutischen Prozesse der einzelnen wesentlich fördert – wir sprechen von einer „Atmosphäre der ansteckenden Gesundheit“.

stacheldraht: Sie sprachen gerade von der therapeutischen Gemeinschaft in der Klinik. Glauben Sie wirklich, daß dieses Konzept auch für ehemalige politische Häftlinge, die sehr lange Zeit mit vielen anderen Häftlingen sich eine Zelle teilen mußten, der richtige therapeutische Weg ist?

Heinz: Ja, das glaube ich. Traumatisierte Menschen gehen aufgrund ihrer destruktiven Beziehungserfahrungen oft in den sozialen Rückzug aus Angst vor erneuter Verletzung. Eine Heilung kann am besten durch neue positive Beziehungserfahrungen geschehen. Dafür ist unsere therapeutische Gemeinschaft ein gutes Übungsfeld, das es durch den geschützten Rahmen Menschen ermöglicht, in ein „normales Leben“ zurückzufinden.

stacheldraht: Wie können Sie eine Re-Traumatisierung während der Therapie ausschließen?

Heinz: Durch Traumainformationen und Psychoedukation [Schulung von Menschen, die an einer psychischen Störung leiden – d. Red.] sowie Erlernen von Stabilisierungsübungen bereiten wir Patienten auf die Auseinandersetzung mit den traumatischen Inhalten vor. Sie

lernen im Vorfeld, zwischen der traumatischen Situation von damals und dem Erleben im Heute zu unterscheiden. Dadurch wird verhindert, daß jemand in alte Ereignisse so einsteigt, als würde er alles erneut wieder erleben, ohne sich bewußt zu sein, daß er jederzeit aus der Situation aussteigen kann und – im Gegensatz zur Realität damals – die Kontrolle über das Geschehen behält. Eine Re-Traumatisierung beinhaltet auch das Wiedererleben von Hilflosigkeit und Ausgeliefertsein, was wir durch das bereits angeführte Vorgehen verhindern.

stacheldraht: In den vergangenen Jahren haben Sie selbst einige politisch Traumatisierte therapiert. Welche Erfahrungen haben Sie gemacht?

Heinz: Meine Erfahrung mit politisch traumatisierten Menschen ist, daß unser Rahmen mit der schon erwähnten therapeutischen Gemeinschaft sehr hilfreich für die betroffenen Menschen ist, neue und gute Beziehungserfahrungen zu machen, die diese ermutigen, sich wieder auf das „normale Leben“ einzulassen, das Trauma als etwas Vergangenes zu betrachten und im Idealfall ins Leben zu integrieren.

stacheldraht: Wie lange ist der durchschnittliche Aufenthalt in der Klinik und wie erfolgt die Anmeldung?

Heinz: Der durchschnittliche Aufenthalt in unserer Klinik liegt bei sechs bis acht Wochen und ist abhängig von der Schwere der Beeinträchtigung der Patienten. Menschen mit Traumata oder strukturellen Störungen werden auch länger behandelt oder erhalten eine Intervallbehandlung. Unsere Kostenträger sind zum größten Teil die Deutsche Rentenversicherung und ansonsten Krankenkassen. Die Anmeldung erfolgt über die Patienten selbst, eine Zusage von unserer Klinik erhalten sie, nachdem wir überprüft haben, ob sie bei uns behandelt werden können und eine Kostenzusage vorliegt.

stacheldraht: Am Wochenende finden in der Regel keine therapeutischen Anwendungen statt. Was bietet Bad Grönenbach oder die nähere Umgebung seinen Kurgästen an?

Heinz: Allein die Allgäuer Landschaft trägt viel zur Gesundheit unserer Kurgäste bei. Es gibt zahlreiche Möglichkeiten, zu wandern oder in die Berge zu fahren, in der näheren Umgebung gibt es viele kulturelle Angebote. Weitere Gelegen-



Klinik in Bad Grönenbach.

heiten finden Sie auf der Internetseite tourismus.bad-groenenbach.de.

stacheldraht: Vielen Dank für das Gespräch.

Helios Klinik Bad Grönenbach
Sebastian-Kneipp-Allee 3a/5
87730 Bad Grönenbach
Tel. (083 34) 981-100
www.helios-kliniken.de

(Das Interview führte Michael Teupel.)

Weihnachten 1989

(bsv)Der BSV-Förderverein für Beratungen lädt die Mitglieder des LV Berlin und alle Interessierten ein zu der Veranstaltung „Weihnachten 1989 in Ost und West“, Filmvorführung von Dokumentaraufnahmen, und anschließender Gesprächsrunde in weihnachtlichem Rahmen.

Termin: **Mittwoch, 8. Dezember, 14.00 Uhr**

Ort: Haus 22 (gegenüber Haus 1), Ruschestr. 103, 10365 Berlin-Lichtenberg

Um Voranmeldung wird gebeten.

Müßte man statt Gebeten Geld empor senden, fast alle wären Atheisten!

Emmanuel Wertheimer

Aber selbst von denen liest mancher den „stacheldraht“...

Deshalb: Bitte spenden Sie für den STACHELDRAHT, und werben Sie Spender und Abonnenten.

Für Spenden gibt es kein Limit, und jedes Abo hilft. Das Jahresabonnement mit 9 Ausgaben kostet 9,-Euro.

Name und Anschrift an die Redaktion senden, Überweisungen bitte auf das Konto BSV-Förderverein, Konto-Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48, Berliner Bank AG, Verwendungszweck „Stacheldraht-Abo“ oder „Stacheldraht-Spende“.

(Für UOKG-Mitglieder besteht keine Zahlungspflicht.)

Manches eiert an der Aufarbeitung

Kongreß der Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft UOKG
am 16. Oktober 2010 in Berlin

(st)Die 20. Jahrestage der Friedlichen Revolution und der Wiedervereinigung markieren gleichzeitig 20 Jahre der Aufarbeitung von DDR-Vergangenheit. Ob diese historische Anstrengung als Erfolg oder als Debakel zu werten sei, wollte der diesjährige UOKG-Kongreß untersuchen. Die Beschreibung der Rolle von Politik, Medien und Gesellschaft 1990 bei der Aufdeckung des DDR-Unrechts sollte Anfänge und frühe Tendenzen zeigen und damit in Relation setzen zum heutigen Stand. „Mission erfüllt?“ fragte dann auch Rainer Wagner, UOKG-Vorsitzender, zur Eröffnung der Veranstaltung und kam mit aktuellen Beispielen - von

müsse. Trotz dieses unbefriedigenden Ergebnisses - die „Täter sind bei der juristischen Aufarbeitung gut weggekommen“, kritisierte Schaefgen – sei damals ein wichtiger juristischer Klärungsprozeß durchlaufen worden: die Rechtsprechung habe sich entschlossen, daß DDR-Gesetze keine Anwendung fänden, wenn durch sie staatliche Organe eine Lizenz zum Töten erhalten hätten. Diese Entscheidung sei bahnbrechend gewesen, weil damit Menschenrechte über gesetztes Recht gestellt wurden.

Strafrechtliche Aufarbeitung war auch das Thema des Filmausschnitts, den der Journalist und Bürgerrechtler Roland Jahn anschließend zeigte. In einer Sendung des TV-Magazins Kontraste von 1990 hatte er das Problem der weitgehenden Verjährung der Straftaten von Partei und Regierung der DDR thematisiert. Erst auf öffentlichen Druck hin wurde die Frist mehrmals verlängert. Von der westlichen Sicht auf SED-Verbrechen während der deutschen Teilung konnte Oberstaatsanwalt Dr. Hans-Jürgen Grasemann als stellvertretender Leiter der ehemaligen Erfassungsstelle Salzgitter berichten. Diese Einrichtung sei keine Anklagebehörde, wohl aber eine Beweissicherungsbehörde gewesen. In 42 000 sogenannten Vorermittlungsverfahren habe die Erfassungsstelle die Schwerpunkte Tötung an der Grenze, Mißhandlung im Strafvollzug und beim MfS, Justizunrecht und politische Verdächtigung, also Denunziation, bearbeitet. „Es war vielleicht auch die Personalisierung von Geschichte“, stellte Grasemann zur Tätigkeit der Behörde, deren Existenz durch ost- oder westdeutsche Vorstöße immer wieder einmal bedroht war, fest. Seine Erfahrung dort habe ihm gezeigt, daß die DDR eben nicht im Laufe der Jahre Menschenrechte und rechtsstaatliche Normen stärker geachtet hätte. Zeit ihrer Existenz habe immer staatlich verordnetes Unrecht geherrscht.

Eine weitere Filmsequenz Roland Jahns aus dem Jahr 1990 leitete über zum nächsten Schwerpunkt, dem Kampf um die Stasi-Akten. Dr. Christian Booß, 1989/90 als Journalist mit diesem Thema befaßt, konnte inzwischen als Mitarbeiter der Stasiunterlagen-Behörde mit neuen Aktenfunden belegen, daß die Erhaltung

der Akten in ihrem heutigen Bestand durchaus nicht vorgesehen war, weder von West noch Ost. Zwischen Generalität des MfS und Bundesregierung habe es eine Interessenkoalition bezüglich der Akten gegeben, wenn auch mit unterschiedlichen Motiven. Der Verfassungsschutz sollte ursprünglich die Abhörprotokolle einsammeln und vernichten, Akteneinsicht war nur für seltene Einzelfälle vorgesehen, nach einem dreiviertel Jahr wollte man alles vernichten. Gegen die Variante, die Akten im Bundesarchiv mit entsprechenden Sperrfristen von 30 Jahren einzulagern, protestierten damals Bürgerrechtler im ganzen Land und auch die Volkskammer, die im August bereits ein weitergehendes Gesetz verabschiedet hatte. Booß konnte mittlerweile nachweisen, daß die Idee der langjährigen Sperrfristen bereits Anfang 1990 vom MfS gekommen war – falls es nicht gelänge, alle Akten zu vernichten. Ebenso belegte er, daß weder das Volkskammergesetz noch die meisten Bürgerkomitees zur Auflösung der Staatssicherheit eine umfassende Akteneinsicht, wie heute möglich, vorsahen. Auf Grund der Proteste sei aber im letzten Moment der Einigungsvertrag noch nachgebessert worden, so daß ein gesamtdeutsches Parlament schließlich das heute geltende Stasiunterlagen-Gesetz beschließen konnte.

Eine Gesprächsrunde mit Reinhard Schult und Barbara Timm, beide Bürgerrechtler und einst an der Auflösung des MfS beteiligt, sowie Christian Booß widmete sich den Ereignissen von 1989/90 um den DDR-Geheimdienst aus der Sicht der Zeitzeugen. So schienen ihre Erinnerungen gelegentlich die damalige Situation direkt in den Saal zu projizieren, und der Blick zurück schloß eigene Fehler ein. Barbara Timm erinnerte zunächst an den Dreistufenplan, der bei Bürgerkomitees und Regierungsvertretern im Gespräch war. Nach der Vernichtung der magnetischen Datenträger, die auch tatsächlich stattfand, sollten Verzweigungen der Personaldaten beseitigt werden. Die dritte Stufe sah die vollständige Vernichtung personengebundenen Materials nach Beschluß durch ein demokratisch gewähltes Parlament vor - Pläne, die nicht zum heutigen Bild von den Aktenrettern passen. Schult erzählte, wie damals versichert worden sei, daß zu allen Informationen



Kritische und selbstkritische Reflexionen, (v.l.) Reinhard Schult, Barbara Timm und Christian Booß.

der Leugnung des Unrechtscharakters der DDR bis zum NVA-Manöver 2010 – zu dem Schluß: „Noch nicht.“ Als Vertreterin des Mitveranstalters Stiftung Berliner Mauer ergänzte Maria Nooke, wie die Vermittlung von Wissen zu leisten sei, bleibe bei der Aufarbeitung nach wie vor eine zentrale Frage.

Zunächst zog Generalstaatsanwalt a.D. Christoph Schaefgen Bilanz. Er hatte die Berliner Staatsanwaltschaft zur Aufklärung von DDR-Regierungs- und Wirtschaftskriminalität bis zu ihrer Auflösung 1999 geleitet. Rund 75 000 Ermittlungsverfahren gegen 15 000 Personen hätten nur zur Verurteilung von ca. 750 geführt, was vor allem der Regelung im Einigungsvertrag geschuldet sei, daß die Tat sowohl strafbar nach bundesdeutschem als auch nach DDR-Recht gewesen sein

auf den Datenträgern Duplikate vorhanden wären. Auch seien die Bürgerrechtler vom MfS unter Druck gesetzt worden, daß sie die Verantwortung für die Tötung von Agenten im Ausland trügen, falls die Vernichtung der entsprechenden Akten verhindert würde. Hinzugekommen sei ein tiefes Mißtrauen gegen westliche Geheimdienste, denen der Zugriff auf die Akten verwehrt werden sollte. Barbara Timm schilderte, wie verwirrend die Situation für die Bürgerkomitees war, deren Mitglieder sich oft kaum kannten, aber einem eingespielten Apparat gegenüberstanden. Sie mußten z.B. eine Schweigeerklärung über „Staatsgeheimnisse“ unterschreiben. Das sei ein Maulkorb gewesen, doch sie hätten es mit sich machen lassen. Auch die Zulassung der Selbstauflösung der HVA sei ein großer Fehler gewesen, dem sich damals nur das Bürgerkomitee Leipzig widersetzt habe. Christian Booß ergänzte, Mitarbeiter der Staatssicherheit seien noch bis Oktober 1990 in den Archiven gewesen. Es scheine auch, daß die Bundesregierung das „Drohpotential“ des MfS außerordentlich ernst genommen habe, z.B. aus Angst vor den Abhörprotokollen und terroristischen Anschlägen. „Deshalb eiert heute manches an der Aufarbeitung“, resümierte er, und Barbara Timm richtete ans Publikum den Satz: „Das nächste Mal machen wir es besser.“

1990 war auch das Jahr, in dem erstes öffentliches Gedenken der Opfer sowjetischer Speziallager in der DDR möglich wurde. Darüber sprachen Eberhard Hoffmann von der Initiativgruppe Lager Mühlberg und der Historiker Andreas Weigelt. Hoffmann war als Jugendlicher unter „Werwolf“-Verdacht interniert worden. Die Auswahl bei den Verhaftungen sei unklar gewesen, aber flächendeckend. Von Mühlberg berichtete er, daß nach Auflösung des Lagers zu DDR-Zeiten immer wieder Angehörige von dort umgekommenen Häftlingen Blumen niederlegten, die der Abschnittsbevollmächtigte wöchentlich wegzuräumen hatte – an die Lager durfte nicht erinnert werden. Erst nach dem Zusammenbruch der DDR wagten Überlebende und Angehörige, sich zu organisieren. Das erste große Gedenktreffen versammelte im September 1990 fast 1000 Menschen in Mühlberg. Weigelt stellte fest, das Speziallager-Thema sei zwar „medial öfter präsent“, doch es wäre schwierig, es „dauerhaft in der Gesellschaft zu verankern“. Dazu trüge auch die große Befangenheit von Lehrern gegenüber diesen historischen Ereignissen bei.



Fotos: N. Radlitz

(v.l.) Stephan Hilsberg, Rainer Wagner, Ernst O. Schönmann: „Den Opfern die Würde wiedergeben.“

An die Beschäftigung des ersten frei gewählten DDR-Parlaments mit den Diktaturfolgen erinnerte Stephan Hilsberg, langjähriger SPD-Bundestagsabgeordneter, der im Herbst 1989 zu den Gründern der SDP gehörte. Befragt von Rainer Wagner und Ernst O. Schönmann (UOKG-Vorstand), erläuterte er, daß die Volkskammer sich damals im klaren über die Notwendigkeit gesamtgesellschaftlicher Aufarbeitung gewesen sei. Die Bilanz der Volkskammer dabei sei unterschiedlich, sie habe immerhin mit dafür gesorgt, daß die Akten offen blieben. Ihr Rehabilitierungsgesetz, das z.B. auch die deportierten Frauen umfaßt habe, sei dagegen nicht in den Staatsvertrag übernommen worden. Noch immer sei es eine große Herausforderung, den Opfern ihre Würde wiederzugeben, indem man sich mit der Vergangenheit auseinandersetze. Ebenso gehöre die Erweiterung der Opferpension dazu. Daran messe sich die Menschlichkeit einer Gesellschaft. Hilsberg erklärte, daß viele Menschen im Osten „in einem geschichtslosen Zustand leben“. Für eine Gesellschaft gebe es nichts Schlimmeres.

Zu den fast vergessenen Ereignissen des Jahres 1990 gehört die Veränderung der gesamten Medienlandschaft. Dr. Annette Leo, Mitbegründerin der ersten zugelassenen unabhängigen DDR-Zeitschrift „die andere“, räumte ein, daß die Beschäftigung mit stalinistischen Verbrechen in dieser Zeitung keine große Rolle spielte. Es sei um die „Förderung und Verbreitung von Bürgeraktivitäten“ gegangen, weniger um die Vergangenheit. Allerdings sei die Stasi-Aufarbeitung ein wichtiges Thema gewesen, die gekrönt wurde mit der damals spektakulären

Veröffentlichung einer Liste von 10 000 führenden MfS-Mitarbeitern.

Das Schicksal politischer Häftlinge nach der deutschen Wiedervereinigung und die Bilanz ihrer sozialen Lage nach 20 Jahren legte am Ende des Kongreßtages Dr. Sibylle Plogstedt dar. Für ihr jüngst erschienen Buch „Knastmauke“ (Besprechung in einer der nächsten Ausgaben) hatte sie 21 Protokolle ehemaliger politischer Gefangener und eine aussagekräftige Studie zu deren sozialer Situation angefertigt. Ihr Vortrag über die Selbstauskünfte der Betroffenen war erschütternd, und das statistische Material lieferte erschreckende Ergebnisse: langfristige Haftschäden und klarer sozialer Abstieg.

Die ca. 90 Teilnehmer nutzten die Gelegenheit zur Diskussion zwischen den Vorträgen ausgiebig. So wurde immer wieder der Zusammenhang deutlich zwischen dem Aufbruch in die Demokratie 1990 und aktuellen Problemen, die auch in einer auf dem Kongreß verabschiedeten Resolution ihren Niederschlag fanden (s.S. 3). Es ist geplant, einen Tagungsband herauszugeben.

Suchanzeige

„Stacheldrähte“ zu verschenken

Ich möchte mich von einer Sammlung älterer Exemplare des „stacheldraht“ trennen. Wer hat Interesse an den Ausgaben 2/1999 bis 1/2008?

Luitgard Künneth, Tübinger Str. 11, 72147 Nehren, Tel. (074 73) 27 12 75

„Freiheit ist mehr als ein Wort“

20 Jahre Deutsche Einheit – 20 Jahre Schließung des Stasi-Gefängnisses Berlin-Hohenschönhausen

Von Ellen Thiemann

„Man kann sich das überhaupt nicht vorstellen, hinter diesen dicken Doppeltüren jemandem ausgeliefert zu sein“, reagierte Tobias aus Niederschönhausen erschrocken, als ich ihm von einem be-

mich sonst zusammengedroschen, das konnte ich seiner brutalen Visage entnehmen. Trotz der Doppeltüren hatten etliche Vernehmer vis-à-vis und nebenan diese Brüllereien gehört, denn mehrmals wurde danach unsere Tür geöffnet und angefragt, ob der Kollege Hilfe brauche.

Heute nun, an diesem Dienstag Vormittag, laufe ich mit Tobias treppauf, treppab, endlose Gänge entlang. Überall Gitter, karge Gefängniszellen mit Glasziegelfenstern, die jeglichen Durchblick verhindern. Der Weg führt uns weiter in stockdunkle Kabuffs im Keller, ins „U-Boot“ mit seinen Folter-Einrichtungen, Gummi- und Wasserzellen, mit denen ich persönlich während meiner Haft glücklicherweise keine Bekanntschaft machen mußte. Auch eine der Zellen zeige ich dem Schüler, in der ich ein halbes Jahr seit Ende Dezember 1972 bis zum Prozeß im Mai 1973 wegen geplanter Republikflucht eingesperrt war. Den mit Mini-Zellen und Metallwänden versehenen Gefangenen-Transporter, mit dem man mitunter stundenlang durch die Gegend gekarrt wurde, um jegliche Orientierung zu verlieren, schaut sich der Schüler aufmerksam an. Das Freigang-Gehege, mit seinen hohen Mauern, Stacheldraht, Metallrohren und zusätzlich mit einem dicken Drahtnetz überzogen, besichtigen wir ebenfalls. „Damals standen über unseren Köpfen noch Stasi-Soldaten mit gezücktem Karabiner“, erläutere ich kurz. „Aber, hier hätte doch sowieso niemals einer fliehen können“, meint Tobias entgeistert. Wie wahr.

Eine Opfer-Schüler-Begegnung in dem Umfang gab es bisher in keinem Zeitzeugenprojekt. Schließlich mußte auch der ganz normale Tagesbetrieb der Gedenkstätte mit den üblichen Führungen bewältigt werden, so daß sich 1937 Personen gleichzeitig auf dem einstigen Stasi-Gelände befanden. Aber gerade der unmittelbare Kontakt zwischen Alt und Jung machte dieses Treffen zu einem besonderen Erlebnis für beide Teile. Viele Jugendliche stellten Fragen über Fragen, einige weinten, manche reagierten sprachlos. „Für mich war das eine interessante Erfahrung“, meinte May-Britt

Krüger (44) aus Rostock. „Denn noch nie hatte ich Gelegenheit, über meine Haft in solch einem Rahmen zu sprechen. Meine 17jährige Schülerin aus Tempelhof wollte vieles wissen und war sehr bewegt von meinen Erzählungen.“

Tags zuvor hatten bei einem Festakt mit eindrucksvollen Dankesreden Bundestagspräsident Professor Dr. Norbert Lammert, Historiker Professor Michael Wolffsohn und Gedenkstätten-Direktor Dr. Hubertus Knabe die Zeitzeugen, stellvertretend für ihre Leidensgefährten, geehrt. Zum ersten Mal seit dem Zusammenbruch der DDR hörte ich in einer so geballten Form lobende Worte gegenüber ehemaligen politischen Häftlingen für ihren Anteil bei der Wiedervereinigung Deutschlands. „Mehrere hundert Gefängnisjahre sind hier und heute in diesem Raum versammelt. Sie, hoch zu verehrende Ex-Häftlinge, haben an diesem einstigen Schreckensort bewiesen: Freiheit ist mehr als ein Wort“, erklärte Historiker Michael Wolffsohn.

Das war auch ein Hauptanliegen unseres Kameraden Horst Schüler, der mehrmals von Applaus unterbrochen wurde. Er erinnerte an Demütigungen, Willkür, Gewalt, Folter, Zwangsarbeit, Verzweiflung, kaputte Seelen und Tod. Und er erläuterte, daß die Verfolgten bei den Feierlichkeiten zur Einheit nicht nur Freude empfinden. „Zu ihr gesellen sich auch traumatische Erinnerungen, Alpträume und vor allem Trauer. Trauer um die ungezählten Kameradinnen und Kameraden, die nicht wie wir das Glück haben, zu erleben, daß das Eintreten für Freiheit und Demokratie letztlich doch nicht erfolglos blieb.“ Allen sprach er aus der Seele, als er mit einem Zitat von Bürgerrechtler Konrad Weiß die sich breitmachende Verklärung der DDR anprangerte: „Wie kann man sich nur zurücksehnen nach der perversen Sicherheit dieses Landes.“ Und der ehemalige Bundesvorsitzende und heutige Ehrenvorsitzende der UOKG appellierte, daß die Älteren ihre Erfahrungen mit Extremisten weitergeben müssen an die Jüngeren. Allen Anwesenden legte er ans Herz: „Freiheit als unser höchstes Gut müssen wir mit allen Kräften verteidigen.“



Zeitzeugen mit Schülern in der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen.

sonders brutalen Verhör mit einem Stasi-Oberleutnant Anfang 1973 erzählte. Der 16-Jährige war einer von 100 Berliner Schülern, die am 28. September 2010 von jeweils einem der 100 Zeitzeugen durch die ehemalige Stasi-Haftanstalt Hohenschönhausen geführt wurden.

Um dem Jungen die Situation zu vergegenwärtigen, lehnte ich die eine ledergepolsterte Tür kurz an und schilderte ihm die damalige Szene. Während ich auf einem harten Hocker in der linken Ecke des Zimmers saß, fläzte der Vernehmer auf seinem gepolsterten Stuhl vorm Fenster. Er beleidigte mich am laufenden Band. Ich blickte an ihm vorbei in den Himmel, den ich durch die Gitterstäbe sehen konnte. Bei jedem gemeinen Satz sagte ich nur: „Junge, Junge.“ Der Vernehmer wurde immer wütender und tobte. Je mehr er schrie und mich beleidigte, um so verzweifelter wurde ich und wiederholte mein stoisches „Junge, Junge.“ Und dann passierte es. Mit einem Satz sprang er über seinen Schreibtisch, brüllte wie ein Stier und stand mit erhobenen Fäusten vor mir. Ich wiederholte mein „Junge, Junge“ nicht mehr. Er hätte

Dr. Hubertus Knabe wies in seiner Ansprache darauf hin, daß im Prozeß der deutschen Einheit Fehler gemacht worden sind. „Die Partei, die dieses Land beherrscht hat, wurde nicht aufgelöst und verboten. Unter den Augen des Staates konnte sie seelenruhig ihr Milliardenvermögen beiseite schaffen.“ Und er mahnte: „Heute sitzen im Bundestag nicht nur rund 20 ehemalige SED-Funktionäre, sondern auch mehrere frühere Stasi-Spitzel.“ Ein Raunen ging durch den Saal, als Hubertus Knabe allen ins Gedächtnis rief, „daß die SED mehr als 200 000 Menschen aus politischen Gründen ins Gefängnis warf, über 50 von ihnen hinrichten und Hunderte Flüchtlinge erschießen ließ.“ Und weiter führte er aus, daß nur 40 ehemalige DDR-Funktionäre verurteilt worden waren, die aber meist nach kurzer Zeit wieder freikamen. „Den Tätern wurden vom Bundesverfassungsgericht großzügige Altersbezüge für ihre Mitausübung an der Diktatur zuerkannt“, kritisierte er. Ein Unding, denn das sind jährlich über 1,5 Milliarden Euro! Andererseits beanstandete Knabe, daß die „Anträge auf Invalidenrente wegen gesundheitlicher Haftschäden bei mehr als 95 Prozent der Verfolgten abgelehnt“ werden.



Fotos: E. Thiemann

Journalistin und Buchautorin Ellen Thiemann schenkt Tobias im Buchladen der Gedenkstätte ihren Bestseller „Stell dich mit den Schergen gut“.

„Wenn ich mit Verfolgten der SED-Diktatur spreche, nennen sie immer wieder einen Wunsch, der auch heute noch zu realisieren ist: Ein strafrechtliches Verbot, den Kommunismus und seine Verbrechen zu verherrlichen“, so der Gedenkstättenleiter unter dem Beifall der Anwesenden. Wenn auch die Aufarbeitung des DDR-Unrechts nur schleppend in die Gänge gekommen ist, dieses Zwei-Tage-Ereignis

unter dem Motto „20 Jahre Deutsche Einheit – 20 Jahre Schließung des Stasi-Gefängnisses Berlin-Hohenschönhausen“ setzt Maßstäbe. Den üblen Anfeindungen seitens alter SED- und Stasi-Seilschaften sowie der Partei „Die Linke“ zum Trotz, war Dr. Hubertus Knabe und allen Beteiligten eine gewichtige Großveranstaltung gelungen.

Wer kennt den „roten Kaplan“ von Cottbus?

Von 1984 an bis 1989 fungierte Major Reinhold Verchow, geboren 1956 in Schlema, als Politoffizier und stellvertretender Anstaltsleiter des Zuchthauses Cottbus. Er, der einst stolz war, der jüngste Major im Bezirk Cottbus zu sein, schrieb in einem Rechtfertigungsbrief:

„Bereits im Dezember 1989 habe ich bei der Polizei freiwillig gekündigt (meine damalige aktuelle Tätigkeit war in der Justizvollzugsanstalt – das ist richtig). Ich wollte dort selbst nicht weiter meinen Dienst tun. Meine ehemaligen Major-Kollegen arbeiten übrigens noch heute dort – Frage: Ist das aus Ihrer Sicht strafbar? Oder sehen Sie eine strafbare Handlung in der Tätigkeit/Beruf eines ehemaligen oder heutigen Vollzugsbeamten?“

Wer solche Fragen stellt, weiß wahrscheinlich nur zu gut, warum er so schnell kündigte und sich bei der Bausparkasse Schwäbisch Hall in Schwerin verdingte, bevor er gen Bayern verzog und an jedem Ort komfortable Häuser für seine wechselnden Familien bauen ließ. Aber da

sich in Cottbus nur zwei brutale Wächter verantworten mußten, nicht aber deren Vorgesetzte, die deren Handeln zumindest duldeten, konnte er sich bald wieder in Cottbus niederlassen, wo auch seine Schwester im Polizeidienst überwintern konnte. Rückblickend und nachsichtig stellt er in schlechtem Deutsch fest:

„Zu DDR-Zeiten wurden Menschen wegen kriminelle [sic!] Taten bestraft und auch zu Freiheitsstrafen verurteilt, wie heute auch. Es waren gemeine Diebe, brutale Schläger, raffinierte Betrüger, Kinder- und Frauenschänder und andere Ganoven die hinter Gitter kamen – oder sollten die damals frei herumlaufen? Ja, es waren auch politisch ‚gefärbte‘ Straftäter in Haft, übrigens in jeder Justizanstalt der ehemaligen DDR. Politisch inhaftiert zu sein gibt es auch heute noch (RAF z. Bsp.). Sicher wurde damals übertrieben, aber es gab auch ein anderes Rechts- und Demokratieverständnis.“

Allerdings, es gab im Polizei- und Stasi-Staat tatsächlich „ein anderes Rechts-

und Demokratieverständnis“, so wie es heute ein noch völlig verschiedenes Wahrnehmungsvermögen gibt zwischen „politisch ‚gefärbten‘ Straftätern“ und Leuten, die nichts dazu gelernt haben. Aber eigentlich war ja damals alles „wie heute auch“. Damals gab es Kriminelle, heute auch. Damals gab es keinen Unrechtsstaat – und heute? Man muß scharf nachdenken, ob es vor 20 Jahren überhaupt eine friedliche Revolution gab. Leute wie Reinhold Verchow, genannt der „rote Kaplan“, gehören jedenfalls zu den Profiteuren der Wiedervereinigung, leider nicht nur in der Volksrepublik Brandenburg, wo ein roter Adler „hoch über Sumpf und Sand“ seine unheilvollen Kreise zieht.

Frage: Wer hat den „roten Kaplan“ in Cottbus kennengelernt und kann etwas über ihn berichten? Kontakt: Menschenrechtszentrum Cottbus e.V., Bautzener Straße 139, 03050 Cottbus, E-Mail info@menschenrechtszentrum-cottbus.de

Siegmar Faust

„Die Wahrheit als Zeugin“

Gedenkveranstaltung in Sachsenhausen

Am 4. September 2010 erinnerte die Arbeitsgemeinschaft - diesmal gemeinsam mit der Gedenkstätte Sachsenhausen - an die Wiederinbetriebnahme des ehemaligen KZ Sachsenhausen durch den NKWD vor 65 Jahren. Gefördert von der Bundesstiftung Aufarbeitung, wurde es eine tief bewegende Veranstaltung, die alle Erwartungen übertraf.

Der feierlich gestaltete ökumenische Gottesdienst mit der Predigt von Generalsuperintendent i.R. M.-M. Passauer (s. Nr. 7/2010, S. 11) wurde von zwei Priestern aus Oranienburg unterstützt sowie von

Ministerin auf baldige Verbesserungen der Darstellung des Speziallagers hinweisen konnte.

Ort der Vortrags- und Diskussionsveranstaltung war die ehemalige Wäscherei von KZ und Speziallager. Nach kurzen Ansprachen von Prof. Morsch, Victoria Heydecke und dem Vorsitzenden des Beirats 2, Horst Jänichen, sprach Prof. Faulenbach zum Thema „Die Zeit nach den Zeitzeugen. Opfergedenken und historisch-politische Bildungsarbeit in den kommenden Jahrzehnten“. Leider fanden wir in seinen brillanten Ausführungen nicht das von uns erhoffte praktische Ergebnis, wohl aber die Erkenntnis, daß unser Opferverband noch für lange Zeit gebraucht werden wird.

Die anschließende Diskussion war lebhaft und beschäftigte sich mit im Augenblick anstehenden Problemen, z.B. mit der Gestaltung des von der Gedenkstätte beabsichtigten individuellen Gedenkens für einige wenige. Es wurde deutlich, daß keiner der anwesenden Angehörigen den Plan billigt, und die Hoffnung kam auf, daß die Bedenken der Betroffenen diesmal berücksichtigt werden. Zeitzeuge Gerhard Taege schilderte die katastrophalen hygienischen Zustände in den großen Holzbaracken der Zone 2: für 350 Gefangene nur vier Toiletten. Er rügte, daß dies nicht gezeigt werde, sondern die gute Ausstattung dieser Baracken in der Zeit des KZ. Weitere Betroffene kamen zu Wort und sprachen Themen an, die von der Gedenkstätte bisher nicht befriedigend gelöst sind, z.B. der immer noch fehlende deutliche Hinweis auf die Rehabilitierung fast aller SMT-Verurteilten.

In seiner Ansprache auf dem Gräberfeld am Kommandantenhof hat Detlef Putzar, Zeitzeuge, ausgesprochen, was wir denken und empfinden. Leider ist hier nur Raum für einen Auszug:

„Im Frühjahr vor 60 Jahren gingen von hier Gefangenentransporte in die Sowjetunion und in die Zuchthäuser eines Staates, den es bei unserer Verhaftung noch nicht gab. Es war die Geburtsstunde unserer Stasi-Akten. Das Speziallager 7 leerte sich. Wir ließen 12 000 Tote zurück.

Vor 20 Jahren wurde das Schweigen über diesen zur Öde gewordenen Lagerteil ge-

brochen. Sprechen wir also für die 12 000 und von uns, die wir gelobten, die Toten nicht zu vergessen.

Wir waren 15 und 16 Jahre alt, mein Bruder und ich, als wir im September 1946 – in Handschellen geschlossen – mit dem ersten Strafgefangenentransport hier in der 2. Zone ankamen. Unser erster Eindruck: Nimm Abschied vom Leben. Ein Jahr lag unsere Verhaftung bereits zurück. Folterkeller, Militärtribunal und Zuchthauszelle folgten. Fünf Haftjahre lagen noch vor uns; andere litten noch länger; viele starben.

Da steht das Kreuz hoch aufgerichtet als Symbol für hohe sittliche Werte, für Vergebung, Sühne und Erlösung. Uns zu Füßen liegt unser Golgatha. So oft wir diesen Campus des Todes betreten, rufen wir ein Geistiges zur Gegenwart auf – die Wahrheit. Die Wahrheit als Zeugin der Wirklichkeit eines tausendfachen, wissentlich herbeigeführten Todes. Ich sage wissentlich, weil eine Tötungsabsicht diejenigen verneinen, die wohl die tote Wirklichkeit der blutlosen Akten kennen, nicht aber die Wahrheit der lebendigen Wirklichkeit des mitleidlosen Geschehens.

Wie oft, liebe Freunde, starb in der Dunkelheit und Enge der Baracken die Zuversicht, jemals wieder frei zu sein. Wie oft starb in der Würdelosigkeit demütigender Haftumstände der Glaube an Gerechtigkeit. Wie oft starb bei einbrechender Nacht die Gewißheit, einen neuen Morgen zu erleben. Da war der immerwährende, quälende Hunger und die zehrende seelische Not, von zuhause nichts zu wissen. Da war die Angst, im Ekel primitivster hygienischer Verhältnisse tödlich zu erkranken. Es war die amtlich organisierte Sinnlosigkeit der immer gleichen, dumpfen und zukunftslosen Elendsjahre, die den letzten Funken Hoffnung zum Erlöschen brachte, die den Lebenswillen schwächte und damit das Sterben wissentlich förderte.

Ihr Tausende in den Massengräbern, ihr seid nicht vergessen. Euer Tod bleibt uns Mahnung und Verpflichtung, Lehren aus der Geschichte zu ziehen. Ihr könntet heute zu uns sagen: ‚Verloren wir auch unser Leben, so rettet doch unsere Würde. Wir wissen von keiner todeswürdigen Schuld, für die wir leiden und sterben mußten. Möge sich euch Glücklicheren ein Geist der Versöhnung enthüllen und sich zu einem dauernden Frieden entwickeln.‘“

Victoria Heydecke/Mariagnes Pense



Während der Gedenkveranstaltung am Kommandantenhof.

dem hervorragenden Birkenfelder Posauenchor unter Leitung Joachim Weigerts.

Die Ansprache von Ministerin Dr. Martina Münch war ein Erlebnis. So klare Worte hatten wir noch nie gehört. Endlich fühlten wir uns als Opfer von Willkür und kommunistischem Terror anerkannt. Auch Ministerialdirektorin Dr. Ingeborg Berggreen-Merkel fand mitfühlende Worte für die mindestens 12 000 Toten in den Massengräbern von Sachsenhausen. Die Fülle der niedergelegten Kränze und Blumen zeigte, daß sie nicht vergessen sind.

Der Empfang von Regierung und Landtag Brandenburg wurde von Ministerin Dr. Münch in der Kantine der nahe gelegenen Fachhochschule der Polizei gegeben. Höhepunkt war die Übergabe des Bundesverdienstkreuzes am Bande an den langjährigen 2. Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft, Paul Radicke, durch die Ministerin. Auch hier eine feierliche und versöhnliche Stimmung, zumal die

Reise durch die Geschichte

20 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit - unter diesem Motto hatte die Friedrich-Ebert-Stiftung den sozialdemokratischen Arbeitskreis ehemaliger politischer Häftlinge in der SBZ/DDR zu einem Seminar vom 20. bis 24. September 2010 nach Leipzig eingeladen. Durch das anspruchsvolle und vielseitige Programm führte Bastian Schulz. Am Anreisetag berichtete Gunter Weißgerber über seine Arbeit im Bundestag und sprach zu aktuellen bundespolitischen Fragen. Am nächsten Tag fuhren die Teilnehmer nach Dresden und diskutierten mit den Landtagsabgeordneten der SPD-Fraktion Sabine Friedel und Hanka Kliese. Im Herbert-Wehner-Bildungswerk hielt Leiter Dr. Christoph Meyer den Vortrag „Der rote Faden – Herbert Wehner und die Gefangenen“. Durch die Anwesenheit von Greta Wehner, der Witwe Herbert Wehners, gewann die Veranstaltung besondere Authentizität.

Zur Diskussionsrunde mit Prof. Dr. Rainer Eckert, Direktor des Zeitgeschichtlichen Forums in Leipzig, hatten sich am Don-

nerstag über 20 Teilnehmer und Gäste zusammengefunden, darunter Generalarzt a.D. Dr. Horst Hennig und der ehemalige Leiter der Gedenkstätte Deutscher Widerstand, Wolfgang Göbel. Prof. Eckert zog eine eindrucksvolle Bilanz seines Hauses. Allein im letzten Jahr haben 230 Veranstaltungen stattgefunden. Im Mittelpunkt dieses Jahres stehe die Geschichte der Friedlichen Revolution von 1989. 20 Jahre seien Anlaß genug, einen Rückblick auf den Herbst 89 und die deutsche Wiedervereinigung zu wagen, die mit dem von Krenz geprägten Begriff der „Wende“ unzutreffend bestimmt werde. Es sei die erste erfolgreiche deutsche Revolution. Prof. Eckert erläuterte überzeugend die herausragende Rolle Leipzigs in diesem revolutionären Prozeß. In der lebhaften Debatte wurde zum neuzeitlichen Revolutionsbegriff und zur Rolle der Ideologien diskutiert.

Mit einer Führung durch das Bundesverwaltungsgericht in den vorzüglich restaurierten Räumen des früheren Deutschen Reichsgerichts konnten die

Seminarteilnehmer ein Stück Judikative, eine der Säulen der Demokratie, unmittelbar wahrnehmen. Einen weiteren Höhepunkt ergab das Gespräch mit dem Vorsitzenden des „Zentralverbandes Demokratischer Widerstandskämpfer- und Verfolgtenorganisationen“, Dr. Jürgen Grasemann. Im Mittelpunkt stand die Erfassungsstelle Salzgitter, die Hinweise auf politische Verbrechen in der DDR für eine spätere strafrechtliche Verfolgung dokumentierte. Inzwischen sind die Unterlagen an die zuständigen Staatsanwaltschaften übergeben worden. Von 1988 bis 1994 war Jürgen Grasemann stellvertretender Leiter der Erfassungsstelle: „Wir waren das schlechte Gewissen der DDR und Symbol für die Abnormalität in Deutschland.“ Es schloß sich eine Diskussion an über die „Sozialistische Jugend – Die Falken, Landesverband Sachsen“, mit dem Vorstandsmitglied Eric Mieth. Abschließend konnte Matthias Eisel von der Friedrich-Ebert-Stiftung ein positives Fazit ziehen.

Gerald Wiemers

Protest zeigte Wirkung

Endlich sind sie abgehängt, die Teppich-Monster aus der DDR! BILD Köln meldete es mal wieder als erste Zeitung. Die zahlreichen Proteste ehemaliger politischer DDR-Häftlinge hatten bei den Verantwortlichen des Museums Ludwig Wirkung gezeigt. „Die Präsentation der DDR-Propaganda-Teppiche war ein Kuriosum. Am 4. Oktober ist der Spuk vorbei“, versuchte Museumsleiter Kaspar König Protestierer Jörg Petzold aus Dorfen zu beschwichtigen. An Christoph Becke aus Ruppichter-oth schrieb er, daß die Ausstellung „als Kuriosum zum 20. Jahrestag des Mauerfalls“ gedacht war. Nur, der Fall der Mauer jährte sich voriges Jahr zum 20. Mal, dieses Jahr feierten wir 20 Jahre Wiedervereinigung! „Gratuliere!“ schrieb Gedenkstättenleiter Dr. Hubertus Knabe aus dem fernen Ungarn, als er von unserem Erfolg hörte. Und Dr. Frank Hoffmann vom Institut für Deutschlandforschung der Ruhr-Universität Bochum mailte: „Ach, es ist doch gut, dass die Teppiche weg sind. Das ist Ihr Verdienst, Ihre Energie, Ihre klare Linie! Gratulation!!!“ Auch Christoph Becke, der mit eindringlichen Worten bei Professor König, Oberbürgermeister Jürgen Roters und dem Rhein-Sieg-Anzeiger protestiert hatte, meldete sich: „Herzlichen Glückwunsch zum Erfolg!“

Natascha, die Drangsalierungen aus Moskau kennt, erklärte: „Allen Mitstreitern vielen Dank. Die Teppiche waren eine Zumutung für jeden aufrechten Demokraten.“ „Dass ihr das geschafft habt, einfach super. Die anderen Kölner Zeitungen waren zu feige, Stellung zu beziehen“, erklärte Petra, eine ehemalige Hohenackerin. „Gut, dass dieser Müll jetzt verschwunden ist. Glückwunsch für den Erfolg“, mailte Schriftsteller Dr. Wolfgang Welsch aus Sinsheim. Und Stefan Krikowski aus Berlin freute sich: „Toll, da kann man nur gratulieren.“ Seine Schwester

Katja, Lehrerin aus Düsseldorf, kam mit ihrer Klasse leider vier Tage zu spät in die Domstadt. Nur die zweifelhafte Broschüre (s. Ausgabe 6/2010) konnten die Gymnasiasten noch in Augenschein nehmen. Zum schnell improvisierten Zeitzeugengespräch mit Ellen Thiemann vor dem Museum schrieb die Lehrerin: „Ich habe es genossen, wie zwanglos und unkompliziert Sie sich dieser Situation gestellt haben und die Schüler ausgesprochen überzeugend, vor allem aber authentisch, über die perfiden Macht- und Verfolgungsstrukturen der DDR informiert haben.“

- E.Th. -

Treffen mit Bundestagsabgeordneten



Am 5. Oktober trafen sich in den Räumen der Parlamentarischen Gesellschaft Vertreter des UOKG-Vorstandes mit Mitgliedern der Arbeitsgruppe „Vertriebene, Flüchtlinge und Aussiedler“ der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und erörterten die Anliegen der SED-Opfer. (v.l.) Stephan Mayer MdB – Ernst O. Schöne-mann, Theo Mitrup und Rainer Wagner UOKG – Anita Schäfer MdB, Klaus Brähmig MdB, Sven Oole.

An die Frauen von Hoheneck

Nach dem Treffen der ehemaligen Hoheneckerinnen im Oktober 2010

Wenig hat mich in allen Jahren tiefer bewegt als dieses fürchterliche Frauengefängnis – bis in die letzten Tage der DDR. Frauen haben nicht weniger gelitten als Männer – in den finstersten Zeiten der Stalin-Ära, aber noch bis zum letzten Tag der Deutschen Demokratischen Republik. Mir fehlen die Worte. Ich danke allen Frauen von Hoheneck für ihre Courage, das durchgestanden zu haben. Es ist sehr wichtig, daß sie sich am Ort der Verbre-

chen wiedersehen und den Mut haben, ihre Schicksale aufzuarbeiten und im gegenseitigen Gespräch Trost und Unterstützung zu finden und zu geben.

Ich bin zutiefst erschüttert. Bislang war ich der (naiven) Meinung, die DDR wäre mit Frauen ein wenig „humaner“ – weniger brutal umgegangen. Das Gegenteil ist der Fall: denn man hat sie – zusätzlich zu allen anderen Schikanen – in ihrer Weib-

lichkeit erniedrigt und mit ihren Kindern erpreßt. Welch grenzenlose Heuchelei der damaligen SED-Diktatur und der Linkspartei heute.

Ich werde diesen Tag niemals vergessen. Was bleibt, ist der einfache Satz: Die Würde des Menschen ist unantastbar.

Richard Buchner

Benno von Heynitz

Mit großer Trauer müssen wir vom Gründer des Bautzen-Komitees Abschied nehmen. Unser Ehrenvorsitzender Benno von Heynitz verstarb am 29. Oktober 2010 in seinem Wohnort Weillburg.

Wir danken dem langjährigen Vorsitzenden besonders für seinen unermüdlichen Einsatz, insbesondere für die Anlage einer würdigen Gräberstätte auf dem Karnickelberg und bei der Errichtung der Gedenkkapelle.

Wir werden Benno von Heynitz ein ständiges, ehrenhaftes Gedenken bewahren.

Der Vorstand und die Mitarbeiterin des Bautzen-Komitees e.V.

Ehrenbrief des Landes Hessen

Am 22. September 2010 wurde Wolfgang Lehmann, ein ehemaliger Lagerinsasse des sowjetischen Speziallagers Nr. 5, Ketschendorf, mit dem Ehrenbrief des Landes Hessen für seine ehrenamtliche Erinnerungsarbeit an die Opfer des Internierungslagers Ketschendorf wie auch an die nach Sibirien Verschleppten ausgezeichnet.

Wolfgang Lehmann, wohnhaft in Rimbach (Odenwald), wurde als Sechzehnjähriger im Oktober 1945 in seinem Heimatort Großbräsen vom sowjetischen Geheimdienst NKWD verhaftet, nach brutalen Verhören in das Speziallager Nr. 5 eingeliefert und von dort im Januar 1947 mit vielen anderen Häftlingen im sogenannten Pelzmützentransport nach Sibirien verschleppt.

1950 wurde er in die DDR entlassen. Nach Lehre und Studium verließ er 1960 die DDR, um sich der Anwerbung der

Staatssicherheit zur Spitzeltätigkeit zu entziehen. Seitdem lebt er mit seiner Familie in der Bundesrepublik.

Neben seiner erfolgreichen beruflichen Tätigkeit als Diplomingenieur führte er beharrlich seinen Kampf - gegen das Vergessen des Unrechts, vom Geheimdienst NKWD in der SBZ und der DDR verübt, und des Leidens und Sterbens der Opfer der Gewaltherrschaft. Dabei stellte er sein Wirken stets unter das Motto „Versöhnen, aber nicht vergessen“.

Der Ehrenbrief wurde ihm von Landrat Matthias Wilke in Anwesenheit Reinhold Rösners, des ehemaligen, langjährigen Vorsitzenden der Initiativgruppe Internierungslager Ketschendorf e.V., der auch Wolfgang Lehmann als Mitglied angehört, überreicht.

Günter Breschke
Vorstandsmitglied



Benno von Heynitz (r.), ca. 2003, im Gespräch mit Hans Corbat.

Klaus Schmidt

Am 22. Oktober 2010 verstarb Klaus Schmidt im Alter von 83 Jahren.

Er war der erste Vorsitzende des 1990 gegründeten Landesverbandes Thüringen der Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V. und wirkte in diesem Amt bis 1994. Von 1996 bis zum Jahr 2002 war er als stellvertretender Bundesvorsitzender der Vereinigung aktiv.

Der 19jährige Demokrat Klaus Schmidt war 1946 wegen angeblicher Spionage vom NKWD verhaftet und nach Untersuchungshaft in Gotha, Erfurt, Weimar,

Potsdam und Berlin-Hohenschönhausen von einem sowjetischen Militärtribunal zu 25 Jahren Arbeitslager verurteilt worden. Bis 1950 war er im Speziallager, später bis 1955 in der StVA Bautzen inhaftiert. Zuletzt hatte er sich für die Gedenkstätte Andreasstraße engagiert – er vertrat die VOS im Gedenkstätten-Beirat und arbeitete am gemeinschaftlichen Konzept der VOS und des Freiheit e.V. mit.

Mit Klaus Schmidt verliert Thüringen einen Menschen, der entschlossen für eine klare Bewertung der DDR als Diktatur eingetreten ist. Er hat bis zuletzt seine

Lebenskraft dafür eingesetzt, daß die politischen Gefangenen nicht vergessen werden. Seine klare, ruhige Sprache und selbstbewußte Bescheidenheit haben viele Schüler in unzähligen Schulstunden und seine politischen Gesprächspartner beeindruckt. Wir werden ihn vermissen und nehmen Anteil an der Trauer seiner Angehörigen.

Die Thüringer Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes Hildigund Neubert und alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Veranstaltungen

23.11. (Di), 18.30 Uhr:

MfS-Spionage in der Bundesrepublik. Vortrag v. Dr. Helmut Müller-Enbergs, BStU; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Rostock u.a.; Ort: Volkshochschulforum f. Weiterbildung Lübeck, Huxstr. 118-120, 23552 Lübeck

23.11. (Di), 19.00 Uhr:

„Winter im Sommer – Frühling im Herbst“, aus der Reihe „NachLese unterwegs – Das politische Buch“, mit Joachim Gauck; Veranstaltung d. Brandenb. Landeszentrale f. pol. Bildung u.a.; Ort: Oberkirche St. Nikolai, Oberkirchplatz, 03046 Cottbus

23.11. (Di), 19.30 Uhr:

Zwischen Haß und Hoffnung. Die Bluesmessen 1979-1986 unter Beobachtung der Staatssicherheit. Ref. Dirk Moldt, Historiker; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Suhl u.a.; Ort: Außenstelle Suhl, Weidbergstr. 34, 98527 Suhl

24.11. (Mi), 18.00 Uhr:

„Immer wieder Dezember. Der Westen, die Stasi, der Onkel und ich“, aus der Reihe „NachLese unterwegs – Das politische Buch“, mit Susanne Schädlich; Veranstaltung d. Brandenb. Landeszentrale f. pol. Bildung; Ort: Landeszentrale, Heinrich-Mann-Allee 107, Haus 17, 14473 Potsdam

24.11. (Mi), 19.00 Uhr:

Sowjetische Tschekisten zwischen Elbe und Oder. Die sowjetische Geheimpolizei in der SBZ und frühen DDR. Buchpräsentation d. Bundesstiftung Aufarbeitung; Ort: Bundesstiftung, Krenenstr. 5, 10117 Berlin

24.11. (Mi), 19.00 Uhr:

Ein Freiheits- und Einheitsdenkmal in Berlin und Leipzig: Wie können sich beide Denkmäler ergänzen? Veranstaltung d. Dt. Gesellschaft; Ort: Zeitgeschichtliches Forum Leipzig, Grimmaische Str. 6, 04109 Leipzig

24.11. (Mi), 19.00 Uhr:

„Zerrissene Leben – Hitler, Stalin und die Folgen“. Lesung mit Bruni Adler; Veranstaltung d. Klöpfer & Meyer Verlags; Ort: Haus d. Deutschen Gesellschaft, Europasaal, Voßstr. 22, 10117 Berlin

25.11. (Do), 19.00 Uhr:

Verdrängter Terror. Geschichte und Wahrnehmung sowjetischer Speziallager in Deutschland. Buchvorstellung u. Podiumsgespräch mit Bettina Greiner, Autorin; Veranstaltung d. Zeitgeschichtlichen Forums Leipzig; Ort: Zeitgeschichtliches Forum, Grimmaische Str. 6, 04109 Leipzig

25.11. (Do), 19.00 Uhr:

„Weihnachten W.Germany – DDR-Flucht und Neuanfang“. Eröffnung der Sonderausstellung; Veranstaltung d. Erinnerungsstätte Notaufnahmelager Marienfelde; Ort: Erinnerungsstätte, Marienfelder Allee 66/80, 12277 Berlin

25.11. (Do), 19.30 Uhr:

Staatsfeinde an der Universität.

Black Box DDR

Im Internet-Lexikon Wikipedia finden sich zu dem Begriff „Black Box“ (schwarze Kiste) mehrere Erklärungen, u.a.: geschlossenes System unter Vernachlässigung des inneren Aufbaus, dunkler schallsicherer Raum, Datenschreiber für Unfallanalyse in Flugzeugen, Schiffen, Kraftfahrzeugen... In diesem Buch von Ines Geipel, Andreas Petersen und 18 weiteren Autoren ist die Black Box jedoch Synonym für das geschlossene politische System der DDR.

Eindrücklich werden in relativ kurzen Geschichten 33 Schicksale beschrieben, von Menschen, die die Staatssicherheit gnadenlos ins Visier nahm, um sie kaltzustellen bzw. psychisch zu ruinieren.

Ein „Kapitalist“ wie Franz Itting war an sich schon höchst suspekt, weil er sein Lebenswerk in Probstzella/Thüringen nicht hergeben wollte: ein Elektrizitätswerk, das viele thüringische Gemeinden mit Strom versorgte. Er war ein sehr sozial handelnder Mann, der u.a. seinen Arbeitern Wohnungen baute. Schon die Nazis hatten ihn als notorischen Sozialdemokraten ins KZ gesteckt, dann kamen 1945 die Kommunisten, und Franz Itting wähnte sich auf der sicheren Seite. Weit gefehlt. 1948 wurden er, zwei Söhne, sein Bruder und eine Schwiegertochter nachts aus dem Bett geholt und verhaftet. Die Wohnungseinrichtung wurde zerschlagen und gestohlen. Es kam zum Schauprozess unter unsinnigen Anschuldigungen, er wurde verurteilt und das Vermögen eingezogen. Nach der Entlassung flüchtete die Familie 1950 nach Bayern. – Meine Mutter war mit einer Familie Itting befreundet, fiel mir beim Lesen ein. Ich recherchierte und fand eine Tochter in Namibia, die mir bestätigte, daß die Mutter zusammen mit Itting-Kindern in Wickersdorf/Thüringen aufs Internat ging. Auch Autorin Ines Geipel war Schülerin dieses Internats.

Spannend und ein bißchen unheimlich ist die Geschichte der Adoptivtochter von Walter und Lotte Ulbricht. Das Kind wurde 1946 aus einem Kinderheim geholt. Die ehrgeizige Lotte stellte gern ihre spießige traute „Familien-Idylle“ der Presse vor – verziert mit Beute-Kind; bekannt ist u.a. das Foto der Tischtennis spielenden Familie im Garten, Walter mit Bauch und Hosenträgern. Die Ansprüche an das Wohlverhalten und die sozialistische Entwicklung des Kindes waren extrem. Als

15-Jährige wurde sie 1959 ins Mutterland des Kommunismus, nach Leningrad, in die Schule geschickt. Dort lernte sie ihren späteren Ehemann kennen, Sohn eines italienischen KP-Funktionärs. Ein Ausländer? Das paßte Lotte und Walter gar nicht. Dennoch heirateten Beate und Ivanko Matteoli 1963 in Pankow. Die Eltern Matteoli bekamen keine Einreise, Ulbrichts blieben der Hochzeit fern. Eine Tochter wurde geboren, und die kleine Familie plante, wieder nach Leningrad zu gehen. Der Plan wurde auf Veranlassung der Ulbrichts hintertrieben. Scheidung! Erneute Heirat mit einem russischen Schulfreund aus Leningrad, wiederum Scheidung. Zurück nach Berlin – Beate begann zu trinken. 1991 fiel sie einem nie aufgeklärten Gewaltverbrechen zum Opfer. Lotte Ulbricht mochte hierzu keinen Kommentar abgeben. Für sie war die Tochter sowieso schon lange gestorben.

1967 war Rainer Buchwald 16 Jahre alt. Er stammte aus einer zerrütteten Familie, hatte Streß mit dem ständig alkoholisierten Stiefvater, der die Mutter schlug. Ob dieser Mann den Jungen denunzierte, oder ob der mißglückte Anwerbungsversuch eines Ausbilders zum IM der Anlaß war, daß die Polizei eines nachts Rainer aus dem Bett holte, ist nicht geklärt. Jedenfalls kam er ins „Erziehungs- und Arbeitslager“ Rüdersdorf, deren Insassen als „politisch nicht tragbar“ kategorisiert wurden. In diesem sogenannten Erziehungslager wurden sie gequält, gedemütigt und mußten im Steinbruch schwer schuften. Rainer und ein Kumpel beschlossen abzuhausen. Die „Freiheit“ währte jedoch nicht lange, die Staatsmacht erwischte sie bald. Ab zurück ins Lager. Hier wurden sie erst einmal fürchterlich zusammengeschlagen. Aber Rainer beugte sich dem staatlich verordneten Terror nie, und deshalb wurde er erst 1977 entlassen. Eine Knasttür von Rüdersdorf ist im DDR-Museum in Pforzheim „Gegen das Vergessen“ zu besichtigen.

Weitere Schicksale sind z.B. das von Hartmut Richter, der durch den Teltow-Kanal in den Westen schwamm, als Fluchthelfer später erwischt und zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt wurde, oder das der Schülerin Jana, die sich alle 14 Tage mit einem IM treffen mußte, oder das von Mario Öhme, dessen Körper durch Schuften in der WISMUT kaputt ging.

Black Box DDR ist ein gut lesbares Buch



mit vielen Fotos und geeignet, um z.B. in Schulen der Verklärung der DDR entgegenzuwirken. Keine der beschriebenen Personen war in irgendeiner Weise politisch extremistisch, gewalttätig oder kriminell, alle wollten einfach nur leben. Der Arbeiter- und Bauernstaat hatte jedoch andere Vorstellungen, er ließ keinerlei abweichende Meinung zu und installierte deshalb seinen überdimensionierten, pa-

ranoiden Geheimdienst, um das eigene Volk nahezu flächendeckend zu überwachen.

Sybille Krägel

.....
Ines Geipel/Andreas Petersen: *Black Box DDR. Unerzählte Leben unterm SED-Regime.* Marixverlag, Wiesbaden 2009, 320 S., 19,90 €
.....

Kommunistische Repression und Volksaufstände in Polen und der DDR in den 50er Jahren

Der sowjetische Diktator Stalin bereitete die Installation kommunistischer Regierungen in Polen und der SBZ/DDR nicht erst nach dem 8. Mai 1945 vor. Der sowjetisch zu beherrschende Ostblock war von vornherein darauf angelegt, Ansätze zu parlamentarischen Demokratien nicht zuzulassen, Widerstände auch mit Gewalt zu brechen und die kommunistische Parteien zur Vollstreckung des Moskauer Willens einzusetzen. Deutsche wie auch Polen machten nun ganz unterschiedliche und doch vergleichbare Erfahrungen mit der kommunistischen Diktatur. Das vorliegende Buch schildert die Jahre des Stalinismus und den Versuch, besonders der Polen 1956, sich der aufgezwungenen Unterordnung zu entledigen.

Der Lüneburger Osteuropa-Historiker Dr. Gerhard Doliesen, vormals Studienleiter und stellvertretender Direktor an der Ost-Akademie Lüneburg, nimmt eine vergleichende, aber nicht gleichsetzende Perspektive ein und zeigt dabei viele Parallelen und Übereinstimmungen, aber auch deutliche Unterschiede in der Entwicklung der stalinistischen Diktatur und der gesellschaftlichen Bedingungen in beiden Ländern. Die Volksaufstände vom 17. Juni 1953 in der DDR und vom 28. Juni 1956 in Posen und deren Folgen stehen im Mittelpunkt der Analyse. Neue Forschungsergebnisse polnischer und deutscher Wissenschaftler zur Nachkriegsgeschichte werden dargestellt und mit zahlreichen Dokumenten und Bildern unterlegt. Zeitungsschlagzeilen, Plakate oder auch nur Briefmarken sind berechte Zeugnisse der „Kunst“ dieser politischen Propaganda.

Das Buch ist hervorgegangen aus einer von der Ost-Akademie organisierten Aus-

stellung zum 50. Jahrestag des Posener Aufstandes, die mit Hilfe des Landesbeauftragten, der Bundesstiftung sowie der Bundeszentrale für politische Bildung entstand und inzwischen in zahlreichen Schulen und Institutionen, vor allem im Norden der Republik, gute Resonanz fand.

Der Verfasser schildert, wie Polen ab 1944 zur „Volksdemokratie“ gezwungen wird, die Jahre des Stalinismus bis 1955, das beginnende „Tauwetter“ nach Stalins Tod 1953 und die Folgen des 20. Parteitags in Moskau, den Juni-Aufstand und den „polnischen Oktober“ 1956 sowie die langfristigen Folgen. Die Situation 1956 und der Vergleich DDR - Polen im ersten Nachkriegsjahrzehnt machen deutlich, wie sehr sich trotz kommunistischer Gemeinsamkeiten der „Moskauer“ Ulbricht und der „Nationalkommunist“ Gomulka unterscheiden. Nicht nur die aufschlußreiche Karte zur Stationierung sowjetischer Truppen in beiden Ländern oder die Statistik zu den Personalbeständen osteuropäischer Geheimdienste machen die Unterschiede deutlich, sondern ebenso die Hinweise auf Geschichte und Traditionen.

Dirk Hansen

.....
Gerhard Doliesen: *Polen unter kommunistischer Diktatur 1944 – 1956. Mit Vergleichen zur DDR.* Hg.: Gesellschaft für Regional- und Zeitgeschichte e.V. Schwerin u. d. LStU Meckl.-Vorp., Schwerin 2010, 144 S., Schutzgebühr 10,- €; Bezug über: LStU M-V, Tel. (03 85) 73 40-6, Fax -07, E-Mail post@lstu.mv-regierung.de
.....

Veranstaltungen

Politische Verfolgung an der Martin-Luther-Universität 1945-1961. Ref. Dr. Sybille Gerstengarbe, Autorin; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Halle u.a.; Ort: Stadtmuseum, Christian-Wolff-Haus, Große Märkerstr. 10, 06108 Halle

26.11. (Fr), 18.30 Uhr:

Stasi im Westen. Vortrag u. Gespräch mit Dr. Helmut Müller-Enbergs, BStU; Veranstaltung d. BStU; Ort: Villa Schöningen an der Glienicker Brücke/Deutsch-Deutsches Museum, Berliner Str. 86, 14467 Potsdam

26.11. (Fr), 19.00 Uhr:

„Ich mußte raus. 13 Wege, um aus der DDR zu kommen“. Lesung m. Constantin Hoffmann, Autor; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Halle u.a.; Ort: Stadtbibliothek, Jägerstr. 4, 06618 Naumburg

30.11. (Di), 18.30 Uhr:

Das Freiheits- und Einheitsdenkmal in Berlin und 20 Jahre Gedenkbibliothek. Mit Hans-Joachim Otto, Prof. Dr. Michael Wolffsohn (Festrede), Jürgen Engert, Ursula Popiolek, Dr. Hermann Rudolph, Dr. Jens Schöne u. Dr. Andreas H. Apelt; Veranstaltung der Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus/Stalinismus mit Festrede, Podiumsdiskussion u. musikal. Rahmen; Ort: Nikolaikirche, Nikolaikirchplatz, 10178 Berlin

30.11. (Di), 19.00 Uhr:

„Honecker kommt in den Himmel...“. Politischer Witz und Staatsmacht in der DDR. Vortrag v. Christoph Kleemann; Ausstellungseröffnung „Stasi Ohn(e) Macht. Die Auflösung der DDR-Geheimpolizei“. Veranstaltung d. BStU Außenstelle Chemnitz u.a.; Ort: Bürgerzentrum Hof, Karolinenstr. 40, 95028 Hof/Saale

1.12. (Mi), 18.00 Uhr:

Die SED und Moskau. Vortrag v. Dr. Jens Gieseke, ZZf Potsdam; Veranstaltung d. Bundesstiftung Aufarbeitung u.a.; Ort: Bundesstiftung, Kronenstr. 5, 10117 Berlin

1.12. (Mi) - 3.12. (Fr):

Politische Verfolgung in der DDR. Seminar der Konrad-Adenauer-Stiftung im Bildungszentrum Schloß Wendgraben; Informationen u. Programm über: Tel. (03 92 45) 952-353, E-Mail Alexandra.Mehnert@kas.de

6.12. (Mo), 19.00 Uhr:

„Wir sind das Volk!“ Montagsgespräch in der Runden Ecke mit Martin Jehnichen; Veranstaltung d. Bürgerkomitees Leipzig; Ort: ehem. Stasi-Kinosaal, Gedenkstätte Museum in der „Runden Ecke“, Dittrichring 24, 04109 Leipzig

6.12. (Mo), 19.00 Uhr:

Staatssicherheit in Saalfeld. Gründung, Auftrag und Arbeit der Stasi-Unterlagen-Behörde. Vortrag u. Diskussion mit Dr. Helmut Müller-Enbergs, BStU; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Gera u.a.; Ort: Stadtmuseum Saalfeld, Münzplatz 5, 07548 Gera

Arno Esch – Mein Vaterland ist die Freiheit

7.12. (Di), 19.00 Uhr:

Unsichtbare Spuren. Gesundheitsschäden durch politische Verfolgung in der SBZ/DDR. Mit Ulrike Poppe, LAKD, Stefan Trobisch-Lütge, Beratungsstelle „Gegenwind“, Carola Schulze, UOKG, u.a.; Veranstaltung d. Brandenburger Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur (LAKD) u.a.; Ort: Haus der Brandenburgisch-Preussischen Geschichte, Schloßstr. 12, 14467 Potsdam

8.12. (Mi), 14.00 Uhr:

Weihnachten 1989 in Ost und West. Filmvorführung von Dokumentaraufnahmen, anschließend Gesprächsrunde in weihnachtlichem Rahmen; Veranstaltung d. BSV-Fördervereins f. Beratungen u. BSV LV Berlin-Brandenburg; Ort: Haus 22 (gegenüber Haus 1), Ruschestr. 103, 10365 Berlin; um Voranmeldung wird gebeten

8.12. (Mi), 18.00 Uhr:

Lebenswelt Kasernenhof. Wehrdienst in der NVA und dem Wachregiment des MfS. Vorstellung d. Dezemberheftes „Horch und Guck“ u. Podiumsdiskussion; Veranstaltung d. Bürgerkomitees 15. Januar u.a.; Ort: Außenstelle Dresden, Riesaer Str. 7, 01129 Dresden

9.12. (Do), 19.00 Uhr:

Lebenswelt Kasernenhof. Wehrdienst in der NVA und dem Wachregiment des MfS. Vorstellung d. Dezemberheftes „Horch und Guck“ u. Podiumsdiskussion; Veranstaltung d. Bürgerkomitees 15. Januar u.a.; Ort: Buchhandlung 89, Grünberger Str. 84, Berlin-Friedrichshain

10.12. (Fr), 19.00 Uhr:

Gedenken an Deportationen. Vor 65 Jahren begann die Deportation Oederaner Bürger in die Sowjetischen Speziallager. Vortrag v. Dr. Martin Hoffmann; Ort: Haus der Geschichte, Kreuzgang 2, 09569 Oederan

15.12. (Mi), 18.00 Uhr:

War die SED reformfähig? Chancen und Scheitern von Reformansätzen in der Staatspartei. Vortrag v. Dr. Andreas Malycha, Inst. f. Zeitgeschichte München-Berlin; Veranstaltung d. Bundesstiftung Aufarbeitung u.a.; Ort: Bundesstiftung, Kronenstr. 5, 10117 Berlin

16.12. (Do), 19.00 Uhr:

Eine musikalische Weihnachtsgeschichte. Mit Liedern v. Bach, Brahms u. Händel, anschl. Beisammensein mit Punsch u. Gebäck; Veranstaltung d. Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus/Stalinismus; Ort: Gedenkbibliothek, Nikolaikirchplatz 5-7, 10178 Berlin

16.12. (Do), 19.00 Uhr:

„Das Ende einer Feigheit“. Veranstaltung zum 60. Geburtstag von Jürgen Fuchs. Hörbuchpräsentation und Podiumsgespräch mit Lilo Fuchs, Herta Müller, Wolf Biermann u. Ralph Giordano; Ort: Bundesstiftung, Kronenstr. 5, 10117 Berlin

Unmittelbar nach dem Zusammenbruch des SED-Staates konnten Horst Köpke und Friedrich-Franz Wiese als Freunde und Weggefährten eine erste Publikation unter dem Titel „Mein Vaterland ist die Freiheit – Das Schicksal des Studenten Arno Esch“ herausbringen. Wenige Jahre später war dann ein Ergänzungsband „Arno Esch – Eine Dokumentation“ möglich, in dem die inzwischen zugänglichen Dokumente veröffentlicht waren. Nachdem beide Bücher vergriffen sind, hat sich der VERS zu einer völligen Überarbeitung unter Zusammenführung beider Titel entschlossen. Die Texte wurden gesichtet und durch neue Beiträge ergänzt sowie die Dokumente einer Neuauswahl unterzogen. Darin wird Arno Esch, Student der Rechtswissenschaften in Rostock seit 1946, vorgestellt, seine Aktivitäten als liberaler Politiker sind ausführlich beschrieben und sein Schicksal in der Gewalt der sowjetischen Geheimpolizei wird belegt. Außerdem sind die Bemühungen seines Schicksalsgefährten Friedrich-Franz Wiese um seine Rehabilitierung dokumentiert. So sollte das vorhandene Wissen über eine herausragende Persönlichkeit der Nachkriegsjahre bewahrt und den jüngeren Generationen ein Bild der Zeit vermittelt werden.

Es stellt sich die Frage: Wer war Arno Esch, und was bedeutet er uns heute? Wie ist es möglich, daß ein junger Mensch im Alter zwischen 19 und 21 Jahren so tiefgehende Spuren hinterlassen hat, die noch nach mehr als 60 Jahren deutlich sind? An seiner Person und seinem Schicksal werden der absolute Machtanspruch der ostdeutschen Kommunisten und die ganze Ungeheuerlichkeit des Stalinismus deutlich, der sich über die sowjetische Besatzungszone bzw. die gerade entstandene DDR ausbreitete. Der Name Arno Esch steht für eine Generation, deren Durst nach Freiheit und Demokratie in unmittelbarer Folge der Hitler-Diktatur größer war als die Sorge um persönliches Wohlbefinden. Esch erkannte sehr früh die Zeichen der neuen Diktatur und trat offen gegen sie auf, das wurde ihm und seinen Weggefährten zum Schicksal. Daran die Erinnerung zu bewahren, ist das Anliegen dieses Buches.

Peter Moeller

.....
Hartwig Bernitt/Horst Köpke/Friedrich-Franz Wiese: *Arno Esch – Mein Vater-*

land ist die Freiheit, Eigenverlag Verband Ehemaliger Rostocker Studenten (VERS), Dannenberg 2010, brosch., 334 S, Unkostenbeitrag 5,- Euro plus Versandkosten; Bezugsanschrift: Annemarie Baudisch, Peter-Lurenz-Weg 3; 18055 Rostock, Tel. (03 81) 68 01 48, E-Mail bestellung@vers-buecher.de

.....

Der BSV Berlin-Brandenburg gratuliert seinen Mitgliedern, die im November Geburtstag haben

Sonja Cantow, Rudolf Novotny am 1. November, Hans Schramm am 2. November, Helga Kiwitt am 4. November, Graziano Bertussin am 7. November, Elli Wargowski am 11. November, Joachim Giesicke am 15. November, Elisabeth Wollin am 17. November, Fritz Esenwein, Renate Heinrich am 18. November, Karl-Heinz Chilla am 20. November, Günter Baasch, Ingeborg Hoppe am 21. November, Günter Marciniak am 22. November, Joachim Schubert am 23. November, Inge Komoll am 26. November, Gerd Gebert am 27. November, Stefanie Brown am 28. November

Auch allen nicht genannten Lesern, die Geburtstag haben, gratuliert herzlich

die Redaktion

UOKG-Beratungsstelle

Postadresse: Ruschestr. 103, Haus 1
10365 Berlin
Besucheradresse: Frankfurter Allee 187,
Haus 14, 10365 Berlin
Fax (030) 55 77 93 40

Florian Kresse, Jurist, Mo-Do, 10-16 Uhr
Tel. (030) 55 77 93 53
E-Mail kresse@uokg.de

Carola Schulze, Di-Fr, 10-16 Uhr
Tel. (030) 55 77 93 52
E-Mail schulze@uokg.de

Katrin Behr (Thema DDR-Zwangsadoption), Mo-Fr, 10-16 Uhr
Tel. (030) 55 77 93 54
E-Mail behr@uokg.de

Für persönliche Beratungen wird die telefonische Anmeldung empfohlen.
Das Projekt wird gefördert vom LStU Berlin.

Beratungsstelle des BSV-Fördervereins

Postadresse: Ruschestr. 103, Haus 1, 10365 Berlin
Tel. (030) 55 49 63 34, Fax (030) 55 49 63 32
E-Mail bsv-beratung@gmx.de
Besucheradresse: Frankfurter Allee 187,
Haus 14, 10365 Berlin

Elke Weise, Juristin, Di 9-18 Uhr, Mi u. Do 10-16 Uhr

Heidi Kulik, Di u. Do 8-15 Uhr, Mi 9-17 Uhr

Für persönliche Beratungen wird telefonische Anmeldung empfohlen. Das Projekt wird gefördert vom LStU Berlin.

Herzlichen Dank unseren Spendern

Helga Baasch, Bernhard u. Irmgard Cofalla, Alfred u. Ingrid Czubek, Ulrich u. Gisela Egerer, Joachim Giesicke, Werner Große, Grete Klemm, Freya Klier, Stephan Kurt, Reinhard u. Gertrud Lehmann, Ernst u. Hanna-Lore Noth, Andreas u. Kerstin Puschendorf

BSV Berlin

Spenden und Beitragskonto

66 72 98 400

Berliner Bank AG

BLZ 100 708 48

Absenderangabe nicht vergessen!

Verwendungszweck bitte mit „Beitrag“ oder „Spende LV Berlin“ angeben (Stacheldraht-Konto siehe Impressum unter „Redaktion“).

Die Spenden sind steuerlich absetzbar. Bei Bedarf wird eine Spendenquittung zugestellt.

Besonders danken wir allen, die für den STACHELDRAHT gespendet haben

Helmuth u. Renate Behrisch, Gerhard u. Karin Brose, Dr. Sabine u. Dr. Wolf Erler, Edith Fadtker, Peter G.M. Feige, Gerda Flöck, Annelie Fratz, Bernd u. Liane Freudenhausen, Dirk Hansen, Hans-Joachim Heinke, Wolfgang Hirth, Joachim u. Sieglinde Hofmann, Horst u. Gertraude Hübner, Erhard u. Margarete Käufer, Reinhold u. Irmgard Klindt, Ellenburg Koman, Kurt u. Brigitte Kugler, Erna Lobbes, Joachim Lummitsch, Klaus Markscheffel, Dr. Torsten Müller, Horst u. Sieglinde Opitz, Klaus-Dieter Puls, Ernst-Willi Rehndanz, Klaus u. Ursula Rother, Kurt F. Scholz, Lothar Scholz, Günter u. Rita Senf, Günter u. Renate Sickora, Wolfgang Ulbrich, Dr. Ina Wagner, Harry Walter, H. Wüstemann

Stacheldraht-Konto: BSV Förderverein, Konto-Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48, Berliner Bank AG, Verwendungszweck „Stacheldraht-Spende“

Das Zitat

Wer sagt: hier herrscht Freiheit, der lügt, denn Freiheit herrscht nicht.

Erich Fried

Bund der Stalinistisch Verfolgten e.V. (BSV) LV Berlin-Brandenburg

Vorsitzender: Viktor Gorynia

Beitrags- u. Spendenkonto des BSV LV Berlin:

Berliner Bank AG, BLZ 100 708 48

Konto-Nr. 66 72 98 400

E-Mail: bsvbb@yahoo.de

Sprechzeiten: Mi 9-17 Uhr

BSV-Förderverein für Beratungen

Geschäftsstelle

Postadresse: Ruschestr. 103, Haus 1

10365 Berlin

Besucheradresse: Frankfurter Allee 187, Haus 14,

10365 Berlin

Telefon (030) 55 49 63 34

Fax (030) 55 49 63 32

E-Mail: bsv-beratung@gmx.de

Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG)

Bundesvorsitzender: Rainer Wagner

Verbandskoordination: Carola Schulze,

Florian Kresse

Sprechzeiten: Mo-Fr 16-18 Uhr

Tel. (030) 55 77 93-52/-53, Fax -40

Leiter der Geschäftsstelle: Theo Mittrup,

Tel. (030) 55 77 93-51

Postadresse: Ruschestr. 103, Haus 1

10365 Berlin

Besucheradresse: Frankfurter Allee 187, Haus 14,

10365 Berlin

Internet: www.uokg.de

E-Mail: info@uokg.de

UOKG-Spendenkonto: Nr. 7342728, Deutsche

Bank, BLZ 100 700 24

Westkreuz-Druckerei Ahrens KG, Postfach 490280, 12282 Berlin
PVSt. DPAG, Entgelt bezahlt. 13017

Impressum DER STACHELDRAHT

Herausgegeben von der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG) und dem BSV-Förderverein für Beratungen e.V.

Redaktion: Sybille Ploog, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin, Tel. (030) 55 77 92 30, Fax (030) 55 77 92 31, E-Mail: der-stacheldraht@web.de

Spendenkonto: BSV-Förderverein, Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48, Berliner Bank AG

BUNDESSTIFTUNG
AUFARBEITUNG

Gefördert von der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Verlag: Westkreuz-Verlag GmbH, Berlin/Bonn, Postfach 49 02 80, 12282 Berlin,
Telefon (030) 7 45 20 47, Fax (030) 7 45 30 66

Auflage: 10 300

Verkaufspreis 1,- Euro

Herstellung und Vertrieb: Westkreuz-Druckerei Ahrens KG Berlin/Bonn,
Töpchiner Weg 198/200, 12309 Berlin
E-Mail: druck@westkreuz.de, Internet: www.westkreuz.de

Bezug über die Redaktion

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers, nicht jedoch in jedem Fall die der Herausgeber, des Fördermittelgebers oder der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Eine nicht sinnentstellende Bearbeitung eingereichter Texte behält sich die Redaktion vor. Redaktionsschluß dieser Ausgabe: 1. November 2010

